

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 5. Oktober 1905.

№ 116.

Maifeier und Generalstreik.

Ein kritisches Nachwort zum Jenaer Parteitag.

III.

„Schließlich ist ja der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der beste Wille“. Diese Worte Bebels in Jena sind so recht auch für den dort behandelten Tagesordnungspunkt „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“ geprägt. Da Bebel sich bisher über den Generalstreik nicht geäußert hatte, sah man in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen mit begreiflicher Spannung dem Momente entgegen, wo der greise Arbeiterführer sein gewichtiges Wort — gewichtiger als das aller anderen Führer zusammengekommen — in die Wagschale werfen würde. „Und Bebel sprach!“ In einer gewaltigen Rede, die im politischen Deutschland bei Freund und Feind Aufsehen erregte, gab er die Parole für seine Partei aus und gab ihr in einer der schwerwiegendsten Fragen, welche die Arbeiterschaft beschäftigt, das Feldgeschrei. In Jena vollendete Bebel, was er in Dresden begonnen. Mit der bekannten Resolution in Dresden schlug er die revisionistischen Anwandlungen einer Gruppe von Parteigenossen nieder, in Jena setzte er ihnen den Grabstein. Anscheinend hat auf der ganzen Linie der Revolutionarismus gesiegt — aber „schließlich ist der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der beste Wille“! Dies Wort gilt nicht in letzter Linie für Bebel selbst, denn wie oft hat er sich nicht schon diesen Umständen und diesem Zwange fügen müssen, so sehr es ihm auch wider die Natur und das Temperament gehen mochte. So entschieden wir auch die Schlussfolgerungen in der Rede Bebels bekämpfen müssen, so wenig er Positives für den politischen Massenstreik in seiner Praxis zu sagen vermochte, beim Lesen jener Rede steht man unter dem faszinierenden Eindruck dieser unvergleichlichen Geistesarbeit. Wir begreifen daher vollkommen, daß die Zuhörer in Jena hingerissen sein mochten und selbst kritische Köpfe ihre kühlste Ruhe verloren. Was Bebel da über den heutigen Staat sagt, wie er die bürgerlichen Parteien, den Kapitalismus, die Plutokratie, das Parteiprogramm, die wirtschaftlichen Zusammenhänge und eine Unmenge untergeordneter, aber das Ganze vervollständigende Dinge in der ihm eignen Form behandelt, kann eines tiefen Eindruckes auf die Arbeiterschaft sicher sein. Rechnet man außerdem noch mit der Tatsache, daß in diesem 65 jährigen Körper die lauterste und bewährteste Ueberzeugung, die opferwilligste Treue, die seltenste Hingabe wohnt, dann können diese Tatsachen die Wirkung einer solch gigantischen Rede nur noch steigern. Und doch müssen wir Bebels Rede bekämpfen.

Nicht insofern, daß von ihm angeführte Dinge nicht zutreffen, sondern weil er seine ganze Rede einzig und allein für den Massenstreik wirksam gemacht hat. Alle seine Kritik an Staat und Gesellschaft galt lediglich dem Zwecke der Aufnahme des Generalstreiks in das Arsenal der sozialdemokratischen Kampfmittel. Ja, es wurde als das „neue Mittel“, als das wichtigste und wertvollste Kampfmittel

mit der ganzen Leidenschaftlichkeit, deren Bebel in so hohem Maße fähig ist, propagiert. Die Rede Bebels und die nachfolgende Diskussion bewegten sich mit wenig Ausnahmen in jener ultraradikalen Bahn, die der Arbeiterschaft schon so viel geschadet hat, weil sie in umgekehrten Verhältnisse zur tatsächlichen Macht der Arbeiterschaft steht. Ist eben einmal die Arbeiterschaft so mächtig geworden durch ihre Organisationen, daß sie den Generalstreik mit Aussicht auf Erfolg unternehmen kann, dann ist er überflüssig geworden; will man aber zu ihm greifen, ohne jene Macht zu besitzen, dann muß er in Deutschland mit der Vernichtung der Arbeiterorganisationen, mit der Vernichtung aller kulturellen Arbeit enden, die in Jahrzehnten von den Gewerkschaften geleistet worden ist. Ein drittes gibt es nicht. Darum kann es unser Erachten nichts Trichtereres und Ueberflüssigeres, aber auch nichts Gefährlicheres geben als die Diskussion über den Generalstreik. In diesem von uns schon vor Jahren vertretenen Standpunkte müssen wir trotz Jena festhalten. Wir werden das in der Folge in verstärktem Maße nachzuweisen haben.

Bei Bebel bildete die Voraussetzung seiner Rede, daß mit dem Dreimillionsiege der Partei im Jahre 1903 sich die bisherige Taktik als unzureichend bewiesen habe, namentlich im Hinblick darauf, daß die bürgerlichen Parteien, erschreckt durch den sozialdemokratischen Stimmengewinn, angeblich den Plan verfolgten, das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Da müsse nun die Partei zu einer Taktik schreiten, welche der Gesellschaft zeige, daß die Partei gewillt sei, eventuell selbst mit einem Massenstreik ein solches Attentat auf die Rechte des Volkes abzuwehren. Da nun bei der Masse der Genossen die Absicht des Wahlrechtsraubes durch die herrschende Gesellschaft in Deutschland feststeht, so liegt es nahe, daß man nach Abwehrmaßnahmen sich umsieht und schließlich beim Generalstreik landet. Ob aber die Voraussetzung Bebels richtig ist, darauf kommt es an; und sollte sich hier ein Fehler eingeschlichen haben, dann wirkt er die ganze Rechnung über den Haufen. Und dieser Fehler ist nach unserer unmaßgeblichen Meinung vorhanden, er liegt aber vornehmlich bei der Sozialdemokratie selbst. Die Dresdener Resolution war für eine so große Partei ein Dolchstoß ins eigne Herz, die mehr oder weniger verlausulierte und mit Wenn und Aber verdrängte Generalstreikresolution ist die Konsequenz des Dresdener Revolutionarismus. Wenn im „Korrespondenzblatt“ und in anderen Arbeiterblättern auf die in dieser Beziehung einschränkenden Bemerkungen Bebels hingewiesen wird — „wat kooft ik mir davor“, denn „der Ton macht die Musik“. Glaubt man denn, daß es möglich ist, in solch leidenschaftlicher Weise dieses Thema zu behandeln und dann den Arbeitern glauben zu machen, das habe weiter nichts zu bedeuten, es sei nur für den Fall, daß die Gesellschaft uns das Wahlrecht nehme? Nein, nach den Ausführungen in Jena und dem Widerspruch, den sie gefunden haben, und infolge der Tatsache, daß selbst dieser angeblich vorbeugende Resolution eine Anzahl ruhig denkender Parteigenossen die Zustimmung nicht zu geben vermochte, daraus ziehen die Radikalen und die unter ihrem

Einflusse stehenden Massen die Konsequenzen, und wie es vor Jahren gegenüber den Gewerkschaften hieß: „Die Partei kann uns nur noch helfen“, wird in Zukunft bei mangelnder gewerkschaftlicher Tätigkeit und daraus resultierender Ungrißlust des Unternehmertums die Phrase sich breitmachen: daß der Massenstreik der Weisheit letzter Schluß sei. Bei der Berichterstattung der Delegierten in Leipzig hieß es ja bereits: „Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es jetzt, für den Generalstreik einzutreten!“ Und die rein tolle Freude in der „Leipziger Volkszeitung“ über den Ausgang dieser Debatte in Jena dürfte kühlere denkenden Parteigenossen zu denken geben. So radikal diese Frage in Jena verabschiedet wurde, die Wirkung kann nur eine reaktionäre sein. Der bürgerlichen Gesellschaft, nicht den Arbeitern hat man damit genügt. Man glaubte Grundsätze der Partei retten zu müssen und hat nur seine Unfähigkeit erklärt, diese große Partei in der Kulturentwicklung von Fall zu Fall fruchtbringend zur Geltung zu bringen.

So lange die Partei klein war und über wenig Mandate verfügte, ist es begreiflich, daß ihre Tätigkeit eine mehr kritische sein konnte. Bebel erklärt aber heute noch: „Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß wir, da wir die Minderheit sind, in der Politik auf die Defensiv, die Kritik angewiesen sind.“ Eine solche Taktik und Politik ist furchtbar bequem, man kann sich dabei alle möglichen Seitensprünge leisten und beweisen, was man „für ein verfluchter Kerl“ ist; schade, daß die Gewerkschaften bei ihrer Arbeit sich nicht mit dieser Ausrede behelfen können, sondern mit all und jedem sich praktisch abzufinden haben. Will Bebel aber aus der Defensiv, der Kritik dann erst heraustreten, wenn seine Partei die Mehrheit im Volke besitzt? Dann erst, wenn die Partei statt drei — sieben Millionen Wähler auf ihrer Seite hat? Wir hoffen, daß das deutsche Volk bis dahin die Politik der Defensiv herzlich satt hat. Eine Partei mit drei Millionen Stimmen und 80 Abgeordneten, eine solche Volkspartei darf sich aus der Gestaltung der Dinge nicht ausschalten mit dem Hinweis auf einen programmatischen Radikalismus, auf versteinerte Dogmen und revolutionäre Redensarten. Sagte doch Bebel selbst in Jena: „Ich will nur konstatieren, daß Engels selber wiederholt erklärt hat, daß er wohl mit der Kritik (des kommunistischen Manifestes. Red.) übereinstimme, aber mit den Mitteln gar nicht mehr“. Dafür holt, wie David-Mainz beklagte, Rosa Luxemburg den alten Revolutionarismus wieder hervor und will damit die politische Aktionsfähigkeit der Arbeiter steigern. Wir befinden uns in der Lage Bebels, indem wir wohl die Kritik Bebels verständlich finden, aber mit den von ihm empfohlenen Mitteln gar nicht einverstanden sind. Es darf sich u. E. bei den heutigen Verhältnissen im Reiche die Partei von einer praktischen Einwirkung auf eine reformerische Veffergestaltung um so weniger ausschalten, als die übergroße Mehrzahl ihrer Wähler gar nicht einmal dieses radikale Programm unterschreibt, sondern in der Sozialdemokratie nur die energische, unbestechliche Vertreterin von Volksinteressen erblickt, aus gewerkschaftlichen und politischem In-

differenzismus aber unfähig ist, einen Druck auf die Haltung der Partei im Parlamente ausüben zu können.

Leider liegen nun einmal die Dinge so, daß die aus dem Bürgertume hervorgegangenen revolutionären Theoretiker die Sozialdemokratie beherrschen und dagegen kann der einfache Arbeiter nicht aufkommen. Aber daß der unhaltbare Zustand der gegenwärtigen Politik in der Sozialdemokratie auch von führenden Mitgliedern derselben erfaßt wird, dafür sind die einzelnen Parteizeitungen, ferner die Differenzen unter den Theoretikern selbst und die Debatten in Dresden und Jena ein Beweis. Heute nun, da durch den Wienerbeschuß mit all seinen Begleiterscheinungen und durch die Generalfreierlebigung in Jena die Gewerkschaften immer enger an die Sozialdemokratie angeschlossen werden sollen, müssen die letzteren die gefährdrohende Wendung in der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland allen Ernstes ins Auge fassen.

Nehmen wir einmal — um zum Ausgangspunkte zurückzukehren — die Dresdener Resolution zur Hand. In derselben heißt es:

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und siegeskrone, auf dem Klassenkampfe beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen.

Zum Schluß heißt es dann, daß die Fraktion es sich zur Aufgabe machen wird:

„für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.“

Diese Resolution ist in Jena erneuert und verschärft worden. Ausdrücklich ist den Parteiredakteuren in Jena zur Pflicht gemacht worden: „Die prinzipielle Aufklärung hat entsprechend den Grundzügen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.“ Und diese Resolution bezeichnete Bebel in Jena als eine Klarheit, die bei Freund und Feind keinen Zweifel über die Haltung der Partei ließ. Das ist die große historische Tat des Parteitages. Was damals als eine Art Verlegenheitsresolution bewertet werden konnte, ist heute von höherer Bedeutung als das Programm selbst. Das ist kein Stück Papier mehr, sondern die fleischgewordene Revolution. Bebel begründete sie auch mit den Worten: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, so lange ich lebe und existiere, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.“ Demgegenüber haben wir schon früher ausdrücklich gesagt, daß mit dieser Resolution kein Gewerkschaftler arbeiten kann. Wer als Sozialdemokrat auf dem Boden der Dresdener Resolution steht, ist unfähig, im Sinne der reformerischen Tätigkeit der Gewerkschaften seinen Posten auszufüllen. Gemäß der Bedeutung der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung muß hier eine klare Stellung eingenommen werden. Es kann sich daher nur um die Frage handeln: Revolution oder Evolution! Hier ist Rhodus! Die Gewerkschaften haben immer auf dem Boden einer evolutionistischen Tätigkeit gestanden, und wer in der Alltagsarbeit einen reformerischen Standpunkt einnimmt, bleibt dies auch in der Politik, in der Behandlung aller anderen der Arbeiterverfassung und das Volk angehenden Lebensfragen. Läßt sich die Partei immer weiter und weiter in ihrem das wirkliche Leben verneinenden Sozialrevolutionarismus treiben, können die 80 Abgeordneten im Reichstage sich zu einer Kompromißpolitik, die so notwendig für die Arbeiter wie das tägliche Brot ist, nicht verstehen, wird da bei einem jernern Wachstume der Gewerk-

schaften und ihrer sich dadurch steigenden Verantwortlichkeit nicht einmal der Gedanke heraufbeschworen, daß um der Existenz der Arbeiterklasse willen deren politische Interessenvertretung in die führenden Hände der Gewerkschaften überzugehen hat? Haben wir wirklich so rückständig gedacht, als wir diese Möglichkeit in unserm so scharf verurteilten Artikel „Die Probe aufs Exempel“ andeuteten?

Die Gewerkschaften verfolgen bekanntlich auf dem Wirtschaftsgebiete seit Jahren eine Verständigungs- und Kompromißpolitik und können unmöglich als Parteipolitiker in das pure Gegenteil umschlagen, ohne mit sich selbst in unheilvollstem Widerspruch zu geraten. Nach unserm Verständnis kann man nur um- und fortbildend, aber nicht revolutionär verneinend Arbeiterinteressen vertreten. Ist nicht durch die Gewerkschaften bewiesen, wie durch die Arbeit auf dem Boden der Dinge von heute die Lage der Arbeiter sich gehoben und die Gewerkschaften nach und nach im Bürgertume sich Geltung und Anerkennung errungen haben? Um wie viel mehr müßte das der Fall sein, wenn die Sozialdemokratie als Kulturfaktor sich auf den reformerischen Standpunkt stellen würde! Unsere ganze Arbeit vollzieht sich im Rahmen der Gegenwart, will auf bestehende Mißstände mit der Absicht der augenblicklichen Abhilfe Einfluß gewinnen; wir suchen das soziale Verständnis der Unternehmer und der Regierung zu wecken und zu fördern, was zweifellos bis zu einem gewissen Grade auch gelungen ist — und sollen jeden Augenblick diese mühe- und opfervolle, erfolgreiche und verantwortungsvolle Arbeit der Gewerkschaften in Frage stellen durch die Phrase eines unmöglichen Sozialrevolutionarismus, wie er in der Debatte über den Generalfreier in Jena hervorgerufen und mit der Dresdener Resolution festgelegt ist?

Mit Recht jagte der Reichstagsabgeordnete Körstgen in Köln: „Unser ganzes Leben ist ein Kompromiß!“ Unser ganzes Leben ist eben eine ewig reformierende, verbessernde Arbeit an den bestehenden Unzulänglichkeiten und es gibt auch nur eine reformerische Beeinflussung der organischen Entwicklung. Haben die Gewerkschaften nicht immer nach zwei Fronten sich wenden müssen: gegen die Reaktion und den politischen Radikalismus? Bollmar sagte noch in Dresden: „Wie oft hat man in der Partei gefürchtet, es könnte am Ende die Partei durch die Gewerkschaften geschädigt werden“, und habe man den Gewerkschaften gegenüber nicht gesagt, „sie gingen überhaupt ihrem Niedergange entgegen.“ Es gibt ja Gewerkschaftsführer, die gleichzeitig führende Parteigenossen sind, welche schon zufrieden sind, daß die Sozialdemokratie den Gewerkschaften gegenüber wohlwollender auftritt. Das ist aber nur die Folge des Einflusses der Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung und sollte jenen Leuten den Schluß nahelegen, daß gerade die praktische Arbeit der Gewerkschaften es gewesen ist, welche diesen Einfluß geschaffen hat — nicht die Theorie. Liegen aber die Verhältnisse bei der politischen Partei anders als bei den Gewerkschaften? Gibt es für die Partei eine andre Menschheit, andere Verhältnisse, eine andere Entwicklung? Kommen die Machtfaktoren der Gesellschaft für die Partei anders zur Geltung als gegenüber den Gewerkschaften? Wenn wir uns da mit gegebenen Umständen abfinden und doch dabei die Arbeiterverfassung vorwärts bringen, kann auf dem Boden einer ähnlichen Taktik die Sozialdemokratie nicht die Erfolge der Gewerkschaften vermehren helfen? Bis jetzt ist es aber leider immer so gewesen, daß die Gewerkschaften, ohne selbst mitbestimmen zu können, alle die schädigenden Folgen auf sich nehmen mußten, die ein unzeitgemäßer, kurzschichtiger, reaktionärer Radikalismus über die Gewerkschaften heraufbeschwor. Die letzteren haben immer den Gegendruck abzuhalten, der in gesteigerter, verschärfter Form durch eine Taktik wie in Dresden und Jena hervorgerufen wird. Ganz richtig schrieb daher vor zwei Jahren ein sozialdemokratisches Blatt:

Man muß sich politisch auf den Boden der Tatsachen stellen, wie man sich wirtschaftlich längst auf den Boden der Tatsachen gestellt hat. Die Tatsache ist, daß wir nicht gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur mit ihrer Zustimmung das durchsetzen können, was wir im Interesse der Arbeiter für notwendig halten.

Dazu bedarf es weder des Abfalles von unseren alten Zielen noch der Vertuschung dessen, was wir wollen. Daß wir Republikaner und Kommunisten sind, das wissen unsere Gegner; diese unsere Grundzüge sind aber nicht der Grund für sie, weshalb sie uns fürchten. Der Grund, weshalb sie über der Aufhebung des gleichen Wahlrechtes brüten, ist die Furcht vor der Diktatur des Proletariates.

Es schmeichelt ja jedem Arbeiter, wenn ihm gesagt wird: die Diktatur des Proletariates müsse errichtet werden, dann müße das goldene Zeitalter erblühen. Aber vorläufig merkt er von diesem Glücke nichts weiter, als daß das gleiche Wahlrecht auf dem Spiele steht, eben deswegen, weil die bürgerliche Gesellschaft wirklich glaubt, es könne unter dem gleichen Wahlrechte eine Diktatur des Proletariates eintreten.

Da darf doch wohl einmal gefragt werden: Fällt es denn den Gewerkschaften ein, heute den Unternehmern zu sagen: Wir wollen die Diktatur des Proletariates über eure Geschäfte? Im Gegenteil, wenn dieser Vorwurf erhoben wird, weisen ihn die Gewerkschaften eifrig zurück und betonen, das man nur ein Vertragsverhältnis wünsche, bei dem jeder Teil zu seinem gleichen Rechte komme.

Warum übt man eine ähnlich vernünftige Praktik gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft nicht in der Politik? Ist die Scharfmacherei von unten, wie sie von einigen betrieben wird, für eine Klasse, die noch nicht einmal in sich selbst einig ist, nicht sehr töricht?

Wierzig Jahre besteht die Sozialdemokratie und vierunddreißig Jahre das gleiche Wahlrecht, beide länger als ein Menschenalter. Mit ein paar Tausend Stimmen fing unsere Partei an, heute hat sie über drei Millionen. Anstatt daß dadurch das gleiche Wahlrecht um so sicherer wäre, ist es nicht einmal unter dem Sozialistengeheiß so gefährdet gewesen als heute. Woran liegt das?

Weil unsere Partei nichts Ausreichendes tut, um die Besorgnis der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstreuen, daß unsere Bestrebungen in letzter Linie darauf hinauslaufen, an Stelle des jetzigen eine neue Klassenherrschaft, die des Proletariates zu errichten. Daher kommt es, daß mit dem Anwachsen unserer Fraktion im Reichstage die bürgerlichen Parteien eine nach der andern das Interesse an dem gleichen Wahlrechte verlieren, denn sie alle sehen die Zeit vor Augen, wo sie aus dem Reichstage ganz verdrängt sein werden, wenn das jegliche Wahlrecht weiter besteht. Daher sinnen sie auf die Abschaffung des gleichen Wahlrechtes.

Mit vollem Bedachte kann man sagen: Die Gefahr, gegen welche die Partei sich mit Hilfe des Massenstreiks wehren will, hat sie selbst heraufbeschworen! Eine Partei mit drei Millionen Stimmen und 80 Abgeordneten kann sich nicht fektiererhaft abschließen, sondern hat sich mit beiden Beinen mitten hinein in die politischen Dinge zu stellen. Bebel sagte vor etwa 15 Jahren einmal: die Taktik ist mir wichtiger als das Prinzip! Nun gut, hätte es die Taktik nicht erfordern, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen? Vorbedingungen waren nach 1890 genügend vorhanden, eine nützliche Mitarbeit der Sozialdemokratie in reformerischem Sinne zu gestalten. Das wollte man aber nicht und richtete statt dessen die Dresdener Kriegserklärung an Staat und Gesellschaft. Und nun tut man höchlichst verwundert, daß von dort auch geschossen wird! Ist man wirklich so töricht, von Staat und Regierung vorauszusetzen, deren eifrigstes Bemühen müße dahin gehen, die Machtmittel der Arbeiterverfassung zu vermehren, damit diese umso wirksamer zur Eroberung der politischen Macht befähigt werde? Zudem man in ganz untaktischer Weise ankündigt, was man alles tun will, wenn man erst noch mehr Kräfte gesammelt hat, fordert man doch geradezu die Herrschenden auf, diesen Zeitpunkt nicht erst abzuwarten, sondern unverzüglich mit ihren Machtmitteln der Arbeiterverfassung entgegenzutreten. Man hat also mit dem Radikalismus in Jena lediglich der Reaktion in die Hände gearbeitet. Und welcher Widerspruch liegt doch darin, einer Gesellschaft, wie durch die Dresdener Resolution geschaffen, den Krieg bis aufs Messer zu erklären, und es als ganz selbstverständlich zu finden, daß diese Gesellschaft mit der Sozialdemokratie den Ausbau der

Sozialgesetzgebung vollenden soll! Wenn diese Gesellschaft aus einer solchen „Logik“ heraus erklären würde: „die Kompottschüssel ist voll“, wäre das vom Standpunkte der herrschenden Gesellschaft verwunderlich? Hat doch schon Parvus vor zwei Jahren geschrieben: „Wenn man der Regierung planmäßig und grundsätzlich alle Mittel und Wege abschneidet, so braucht man nicht erst zu sagen, wohin das führt.“ Ob man nun republikanisch oder sozialistisch denkt, das entbindet doch nicht von der Verpflichtung, unter Umständen Dingen zuzustimmen, die zwar der eignen Auffassung widersprechen, ohne die man aber nicht zu einer Verbesserung in allgemeinen gelangen kann. Sagte doch auch Molkenbühr aus Anlaß der Beratung des Zolltarifes:

Wir werden alles verhindern, was die Verelendung der Massen zur Folge haben kann, denn die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nicht auf verelendete Massen aufgebaut werden. In dem wir das tun, kommen wir häufig dazu, Maßregeln zuzustimmen, die zwar einen Kulturfortschritt bedeuten, aber eigentlich im Interesse der Kapitalisten liegen.

Genau so verhält es sich mit der gewerkschaftlichen Arbeit. Wir sind alle Sozialisten im wissenschaftlichen Sinne des Wortes, das hindert uns aber nicht, mit den Unternehmern Beschlässe zu fassen, welche auch in deren Interesse liegen, bloß um die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse überhaupt möglich zu machen. Und hat nicht ein Genosse auf dem Lübecker Parteitag unter Beifall und Hände klatschen gesagt: „Wir denken nicht daran, daß der sozialistische Staat auf einmal hereinbricht; wir wollen durch praktische Reformen allmählich das Ziel erreichen.“ Ist es vielleicht trotz der gewerkschaftlichen Arbeit irgend einem Arbeiter eingefallen, sein Klassenbewußtsein preiszugeben? Nirgendes bedingt die gewerkschaftliche Arbeit die Hinopferung der Klassenbewußten Prinzipien. Und noch nie ist es, so lange eine deutsche Arbeiterbewegung existiert, vorgekommen, daß die Vertreter der Arbeiter ihr Einverständnis mit den heutigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zuständen erklärt hätten. Davor werden die Arbeiter durch die Zustände auf dem wirtschaftlichen und politischen Gebiete bewahrt. Wer heutzutage im modernen Produktionsprozesse tätig zu sein und mit seinem fargen Lohne auszukommen hat, wer heimatlos von einem Orte zum andern wandern muß, ohne eine bleibende Stätte zu finden, wer all den Wirkungen unsrer Kapitalwirtschaft ausgesetzt ist und nichts sein eigen nennt, von dem brauchen die Theoretiker von Bebel bis Stadthagen nicht zu befürchten, daß er die Ziele der Arbeiterbewegung aus dem Auge verliere. Wenn solch ein Arbeiter aber trotzdem zu der Reformarbeit als Gewerkschaftler befähigt bleibt und mit ihr solche Verbesserungen schafft, wie sie in der heutigen Gesellschaftsordnung möglich sind, so wird ein solcher Arbeiter nicht begreifen können, warum die Partei ihre große Macht nicht in dem gleichen Sinne nutzbar machen will. Doch nicht etwa deshalb, weil, wie Bebel anführte, der Boden des Parlamentes zu einem Hofparfett geworden war, auf dem manche ausgeglitten sind, oder weil Reden von Genossen im Reichstage gehalten worden sind, „von denen man nicht unterscheiden kann, ob sie Sozialdemokraten sind, wenn nicht hinter ihrem Namen das Wort Sozialdemokrat hände; Reden, die man von denen der bürgerlichen Opposition nicht unterscheiden kann?“ Nein, das alles ist es nicht. Man will um keinen Preis vom Radikalismus der Theorie ein Titelchen preisgeben; man verweigert auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung die Mitarbeit, man will keine Konzessionen machen und keine Kompromisse eingehen und ist nun glücklich dahin gelangt, daß man im Reichstage, wie selbst sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zugefassen, an die Wand gequetscht ist. Auf dem Parteitage in Jena hat Rosa Luxemburg zum Beweise dessen, daß manche Gewerkschaftsblätter den Gegnern der Partei in die Hände arbeiten, auch eine Stelle aus dem „Corr.“ verlesen; da

diese im Zusammenhange aber unsre Auffassung in vorstehendem Sinne wiedergibt, und wir nach Jena nur noch darin bestärkt werden, mag der bestreßende Absatz vollinhaltlich hier wiederholt werden. Wir schrieben in einer Besprechung des Kölner Kongresses in Nr. 65 von 1905:

Heute vereint die Sozialdemokratie über drei Millionen Stimmen auf sich und sie hat im Reichstage 78 Vertreter. Man sollte nun denken, eine solche Macht müßte sich einen Einfluß auf die politische Gestaltung der Dinge in Deutschland zu sichern verstanden, eine Politik eingeschlagen haben, die es einer Regierung unmöglich macht, eine so große Partei als Lust zu bejandeln. Wie man selbst in den hartnäckigsten Unternehmern nicht länger die Gewerkschaftsbewegung ignorieren konnte, so müßte dies auch in der Gesetzgebung der Fall sein, wenn nicht die Sozialdemokratie sich auf den Standpunkt stellen würde: „jedes Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge abzulehnen“, und: „ich bin der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft“ usw. Man mag einwenden, mit dem von uns als notwendig erachteten Entgegenkommen würde die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter verlieren und aktionsunfähig werden. Zugegeben, daß dieser sozialrevolutionäre Charakter dabei zu kurz käme, aber die Aktionsfähigkeit der Partei würde für eine positive Politik gesteigert und ein tatfähiger, nicht bloß ein agitatorischer Einfluß auf die Reichspolitik gewonnen werden. Es ging wie ein Blitz durch die Kongreßverhandlungen: Schafft uns einen Boden, auf dem wir arbeiten können, verurteilt uns nicht zum stummen Gehorjam gegenüber Unmöglichkeiten, bestärkt uns, es geht so nicht weiter! Nicht um eine Feindseligkeit gegen die Partei, nicht, wie die „Leipziger Volkszeitung“ sagt, um einen Anlaß gegen die politische Organisation der Arbeiterklasse“ handelte es sich bei den Fragen Waisefer und Generalstreik in Köln, sondern um den Kampf für die Aneknennung realer Tatsachen. . . . Darum handelt es sich jetzt, daß man in der Partei Einteilung hält, um ihre bedeutende politische Macht auch praktisch wirksam zu machen. Mit dem Mythismus des politischen Massenstreiks verfüllt man doch nur eine unfähige Politik des jaobstinigen Systems, das einst die agitatorische Kraft der Sozialdemokratie entwickeln half, aber untauglich ist zu politischen Schaffen, zu wirklich politischer Macht im Sinne positiver und dauernder Erfolge. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf nicht des geschichtlichen Sinnewes Bewußtseins, seine Auslassungen sind nur ein Beweis für die politische Hilflosigkeit der Partei, die nicht vorwärts und nicht rückwärts kann, weil sie an Händen und Füßen gebunden ist durch ein der Zeit nicht mehr entsprechendes Programm und ihre daraus resultierende verfehrte Politik. Und deshalb sollen sich die Gewerkschaften für den politischen Massenstreik begeistern? Eine selbstverschuldete, haltlose Situation in irgend einer Partei soll durch eine die Gewerkschaftsarbeit zerschöpfende gemeingefährliche Theorie gerechtfertigt werden! Nein, lieber Ede, „et jetzt so doch!“

Das politische Verhalten der Sozialdemokratie im Reichstage und außerhalb desselben hat in evidentem Maße ihre Kompromiß- und Bündnisunfähigkeit erwiesen. Und doch müßte die Fraktion einen Teil der Regierungsforderungen bewilligen, soweit sich dies nach Lage der Verhältnisse als notwendig erweist, um andererseits auch für die Arbeiter ein Mehr herauszuschlagen zu können. Hätte die Partei sich einmal bis zu dieser Auffassung „gemausert“, wäre sie freilich nicht mehr geeignet zum Experimentierfeld der Rautsky und Genossen, aber ihre Volkstümlichkeit könnte dadurch nur gewinnen. Sie wird naturgemäß um so schärfer bekämpft, je unversöhnlicher sie auf einem ganz unmöglichen Standpunkte beharrt. Bebel machte in Jena dem Fürsten Bülow den Vorwurf, daß er seit Dresden seine Taktik der Sozialdemokratie gegenüber merkwürdig geändert habe, „als seine Hoffnungen, seine Wünsche durch den Dresdener Parteitag durchkreuzt waren“. Bebel findet das deshalb „merkwürdig“, weil — nach seinen eignen Worten — Fürst Bülow „mit gewissen liberalisierenden Neigungen, die auf seinen langen Aufenthalt im Auslande zurückzuführen sind“, in sein Amt eingetreten sei. „Er scheint des Glaubens gewesen zu sein, mit der Sozialdemokratie läßt sich etwas machen.“ Ja, warum soll der Mann denn das nicht gedacht und seine Taktik nach Dresden nicht geändert haben? Eben, weil Bülow sich lange im Auslande aufgehalten, konnte er sich nicht denken, daß eine so große Partei sich selbst aus der politischen Mitwirkung ausschalten und freiwillig ihren Einfluß auf die politische Gestaltung der Dinge in

Deutschland preisgeben würde. Wenn Bebel glaubt, annehmen zu dürfen, daß die Dresdener Kriegserklärung keinen Widerhall bei der herrschenden Gesellschaft finden würde, dann ist er wirklich ein recht naiver Politiker. Besteht aber Bebel nicht selbst zu, daß Fürst Bülow „die größte Mühe hatte“, das preussische Herrenhaus in der Bergesehnebel „zum Nachgeben zu bewegen“? Und sagt Bebel nicht selbst, seine „verdamnte Gerechtigkeitsmeierei“ habe ihn veranlaßt, „selbst für die Regierung eine Lanze zu brechen“? Und hat nicht ein liberaler Fabrikbesitzer den Konservativen gedankt mit den Worten: „Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego („Euch werd' ich . . .“) zugerufen wurde“? Mag man hundertmal sagen, die Regierung sei der „Verwaltungs-ausschuß der herrschenden Gesellschaft“, so ist das doch nicht in dem Maße der Fall, daß bei einer vernunftgemäßen Unterstützung der Regierung durch die Arbeiter nicht weit höhere Forderungen derselben gefordert realisiert werden könnten, als dies heute der Fall ist. Die Sozialdemokratie fürchtet sich aber heute noch davor, wünschenswerte Kompromisse einzugehen, peitscht die noch sozial denkenden Schichten des Bürgertums in das Lager der Scharfmacher — und aus einer selbst durch jahrelange Unterlassungen mit verschuldeten Situation schöpft man dann neue Resolutionen à la Dresden! Bebel sagte nun in Jena: „Eine Partei kann, so lange sie nicht in der Regierung sitzt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben“, und setzte hinzu: „Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein.“ Bebel redete sogar davon, daß es dann Ministerische und Geheime Oberregierungsratsische für die Sozialdemokratie geben würde usw. Unserer Erachtens wäre es freilich für die Arbeiter das beste, das Programm von der Eroberung der politischen Macht in die Tasche zu stecken und den prinzipiellen Standpunkt des Sozialrevolutionarismus zu verlassen und sich um „rein praktische Dinge“ zu bekümmern, als die „Scharfmacherei von unten“ zu betreiben. Hat doch sogar jenezeit die „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben: „Die Sozialdemokratie kann zur Erreichung irgend welcher praktischer Forderungen unbedenklich mit einer andern Klasse oder Partei auf eine gewisse Strecke Weges zusammengehen.“ Warum zu gleichem Zwecke nicht auch mit der Regierung? Und ist es deshalb notwendig, seine Ueberzeugung preiszugeben? Das tun doch die bayerischen Genossen auch nicht, wenn sie mit dem Zentrum bei den Wahlen zusammengehen. Ferner geschieht das bei dem Zusammengehen auf dem Wirtschaftsgebiete ebenfalls nicht. Sagte doch vor einigen Jahren selbst Richard Fischer einmal in einer Berliner Parteiverammlung, daß er nichts gegen die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine radikale sozialistische Reformpartei habe, wenn dieser Name nicht durch das Bürgertum so ausrücklich geworden wäre.

Während nun Bebel jedwede praktische Anteilnahme an der Politik des Reiches, jedes Kompromiß, jedes, meinetwegen zeitweilige Bündnis mit anderen Parteien oder der Regierung verhöhnt, so sei er daran erinnert, daß er den Wald vor Bäumen nicht sieht. „Man“ hat, verehrt Herr Bebel, manches bei der Sozialdemokratie „in die Tasche gesteckt“ und manchen „prinzipiellen Standpunkt“ verlassen. Wir erinnern nur an das eherne Lohn-gesetz, an die Verelendungstheorie, von der selbst die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Die lange durch unsre Partei gelaufene, auch im ersten Teile des Erfurter Programms noch aufbewahrte Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten.“ Während man dem Reich den Etat verfast, stimmen dieselben Genossen in Bayern für das Staatsbudget; während man dem Massenstaate und der Monarchie den Krieg bis aufs Messer antündigt, erkennen die-

selben Genossen in Baden die Verfassung an, weil sich diese „durch einfaches, wenn auch noch so oft wiederholtes Regieren nicht aus der Welt schaffen läßt“. Ja, die Koburger Genossen gingen seinerzeit sogar aus, sich einen Herzog zu suchen! Und wie ist es mit jenen Beschlüssen, die seinerzeit Vebel im sächsischen Landtage mit fassen half, was Grillenberger auf dem Münchener Parteitag 1894 recht drastisch illustrierte. Wie war es mit der Bewilligung von Gewehren im Reichstage, als Muer erklärte, man könne doch die Soldaten nicht mit Stöcken ins Feld schicken? Hat man nicht auch dafür plädiert, daß dunkle Uniformen und schwarze Knöpfe an Stelle der heutigen Uniformierung treten müßten, und hat die Zustimmung zur Bewilligung einer Subvention an die großen Dampfergesellschaften nicht auch im Interesse der Kapitalisten gelegen? Siegt aus der neuesten Zeit nicht die Bewilligung des Kredites für den Hererosfeldzug vor — und mit: „Kanonen für Volksrechte!“ wäre eigentlich das Ganze zu signieren. Gewiß, die Arbeiterschaft geht einer schweren Zukunft entgegen, aber gerade deshalb müssen die Machtmittel der Arbeiterklasse zusammengehalten und an allen Stellen, wo nur zugänglich, zur Entfaltung gebracht werden. Keine Schicht der Gesellschaft kann die andre ausschalten — alles im Leben ist, um bestehen zu können, auf Verständigungen und Kompromisse angewiesen: Regierung, Kapitalisten und Arbeiter! Und weil keine ehrlich geleistete Arbeit der Kultur verloren geht, wird aus einem solchen Verfahren wieder neue Kultur geboren. Man kann die Arbeiterbewegung nicht ignorieren, wir können aber auch die übrige Gesellschaft nicht ignorieren. Die schönsten Deduktionen helfen über diese eherne Tatsache nicht hinweg.

Die englischen Trades-Unions unter besonderer Berücksichtigung der Buchdruckerverbände.

(Vortrag, gehalten am 11. August 1905 von P. Bähr-London in einer Versammlung des Leipziger Gauvereins.)

(Schluß.)

Die Lehrlinge werden bei Beginn des letzten Lehrjahres zum Verbandszugehörigen.

Das Minimumkapital pro Kopf eines Mitglieds darf nicht unter 80 Mk betragen.

Die Streikunterstützung beträgt 25 sh auf die Dauer von 10 Wochen und eine Woche mehr für jede sechs Monate Mitgliedschaft, bis die Maximalgrenze von 26 Wochen erreicht ist.

Die Arbeitslosenunterstützung beläuft sich auf 14 sh pro Woche, und zwar 10 Wochen in jedem Quartal. Im Falle ein Mitglied auswandern will, ist es bei zweijähriger Mitgliedschaft zu 60 sh Auswanderungsgeld berechtigt:

bei 3jähriger Mitgliedschaft zu	100 sh
„ 4 „ „ „	140 „
„ 5 „ „ „	160 „
„ 6 „ „ „	180 „
„ 7 „ „ „	200 „

und für jedes weitere Jahr 20 sh bis zu 300 sh.

Mit diesem Paragraphen wird sehr häufig ungerecht verfahren, denn es sind Fälle vorgekommen, wo die L. S. of C. sich von ihren Verpflichtungen Ausländern gegenüber zu drücken versuchte und sogar gebrückt hat, indem sie Kollegen aufstatt Auswanderungsgeld Umzugskosten gab. Dies ist natürlich im höchsten Grade ungerecht, und man muß in solchen Fällen scharf vorgehen.

Ein Schweizer ist auf diese Weise einmal hineingelegt, und einem deutschen Kollegen, der zum Militär eingezogen wurde, machte man betriebs seiner Umzugsschädigung Weisungsfreiheiten, so daß ich schließlich die Sache in die Hand nahm, nachdem der Kollege schon in Deutschland war und ihm dann später sein Umzugsgeld nachschickte.

Die Invalidenunterstützung beträgt von 6 bis 10 sh pro Woche, bei 20 bis 35 jähriger Mitgliedschaft im Höchstfalle.

Das Sterbegeld beläuft sich bei dreijähriger Mitgliedschaft auf 80 Mk, bis 400 Mk, welche Summe bei 19jähriger Mitgliedschaft erreicht wird.

Beim Tode der Ehefrau ist man berechtigt, sich ein Drittel dieser Summe auszahlen zu lassen.

Der Vorstand der L. S. of C. besteht aus acht Personen, die auf der jährlichen Generalversammlung, und 14 Beisitzern, die per Urabstimmung gewählt werden. Der Sekretär erhält ein Gehalt von 3120 bis 5500 Mk. im Höchstfalle. Die Assistenten bekommen von 2100 bis 3120 Mk.

Die L. S. of C. versucht einen eignen Kandidaten in das Parlament zu bekommen, der im Falle einer Wahl

die Interessen der Gesellschaft und der Arbeiter im allgemeinen zu vertreten hat. Derselbe bezieht im Falle einer Wahl aus dem parlamentarischen Fonds ein Gehalt von 6000 Mk.

Der Lohn für London beträgt 39 sh bei 52 1/2 stündiger Arbeitszeit.

Für Ueberstunden sind 3 1/2 d extra zu zahlen für die ersten drei Stunden, nachher 4 d und nach 12 Uhr 5 d pro Stunde.

Für London ist das von seitens der Prinzipale einzuführen versuchte Dualsystem für Segmaochinen nicht zulässig. Ein Wechsel von der Maschine an den Kasten oder umgekehrt muß zwei Wochen vorher angezeigt werden.

Das Minimum für Maschinenseher beträgt 48 sh bei 48stündiger Arbeitszeit, für die Empire 45 sh.

Für Buchsatz werden bezahlt:

Linotype 3 d pro 1000 n

Bei Formaten schmaler als 20 Gevierte 1/4 d extra.

Hattersley 4 d pro 1000 n

Empire 4 1/4 „ „ 1000 „

Bei Zeitungssatz tritt eine Erhöhung der Skala ein, und zwar bei Wochenzeitungen

Linotype 3 1/2 d pro 1000 n

3 1/4 „ „ 1000 „ über Petit.

Für Abendzeitungen, die also am Tage hergestellt werden, tritt eine weitere Erhöhung ein, nämlich bei der Linotype 3 1/4 d pro 1000 n

3 1/2 „ „ 1000 „

Für Tageszeitungen, die also in der Nacht hergestellt werden:

Linotype 3 1/2 d pro 1000 n

Hattersley 4 1/2 „ „ 1000 „

Empire 5 „ „ 1000 „

Alle stehenden Titelzeilen gehören dem Seher.

Dialektisch 50 Proz. extra, fremdsprachlicher Satz 100 Proz. extra.

Kein Maschinenseher kann gezwungen werden, die Arbeit eines Mechanikers zu verrichten.

Die übrigen Bestimmungen korrespondieren mit denen der T. A., wir brauchen also nicht noch einmal darauf einzugehen.

Die Eindrücke, die man im allgemeinen von der London Society empfängt, sind nicht die besten. In puncto Kollegialität verjagen die Engländer überhaupt. Wenn man sich manchmal so in die Zeiten zurückversetzt, da man in Deutschland an Ausschreiben, Zimmerlichkeiten und Johannisessen teilgenommen, so empfindet man das Fernsein von der Heimat doch schwer. Gerade bei derartigen Gelegenheiten tritt man sich als Mensch einander näher, da tritt das Zusammengehörigkeitsgefühl in die Erscheinung, das besser bindet, als schöne Worte auf dem Papiere es vermögen.

In einem Strange ziehen die Londoner Seher auch keineswegs. Bei den Abstimmungen tritt manchmal eine solche Laubbheit zutage, die einfach unverständlich ist. Von 11 300 Mitgliedern üben sehr häufig viele ihr Stimmrecht gar nicht aus. Sie sind eben nur Kassenmenschen, die bei einem Ruße zu den Fahnen sehr bald feige umkehren würden.

Meines Erachtens liegt es hauptsächlich auch daran, daß die L. S. of C. noch kein eigenes Organ besitzt, worin die Mitglieder sich näher treten können.

Die Vereinsversammlungen sehen betriebe nicht auf der Höhe der Zeit. Die Disziplin in den Versammlungen läßt sehr zu wünschen übrig. Ich kann mich Fälle entsinnen, wo die Mitglieder aus irgend welchen Gründen einen Redner, ja sogar ihren Sekretär oder Präsidenten nicht zu Worte kommen ließen, sondern denselben durch Pfeifen oder Schreien oder Trampeln einfach mundtot machten.

Doch die scheinen derartige Szenen nicht tragisch zu nehmen, sondern lassen den Schwören ihren Willen. Die Autorität des Vorsitzenden leidet natürlich darunter.

Am 31. Mai fand eine Quartalsversammlung statt, die nicht weniger als zweimal vertagt werden mußte, weil es offenbar diversen Kollegen Vergnügen bereitete, sich in Dauerreden zu üben. In zwei Versammlungen war man nicht über den ersten Punkt der Tagesordnung hinweggekommen.

Dann hilft sich der Vorstand auf die Weise, daß er die nächste Versammlung auf einen Sonnabendnachmittag ansetzt, da er dann sicher ist, mit der Tagesordnung schnell fertig zu werden. Es ist nämlich Usus, des Sonnabends um 1 Uhr aufzuführen, und da geht jeder gern nach Hause. Die dritte Versammlung wurde denn auch tatsächlich zu einer Farce, indem die Delegierten überhaupt keinen Redner zu Worte kommen ließen, sondern jeden der vorliegenden fünf Anträge sofort ohne Diskussion akzeptierten, lediglich um recht schnell fort zu kommen.

Nun, wir würden doch sicher ein derartiges Benehmen als eine Schande empfinden und gebührend geißeln; die Engländer denken sich aber nichts dabei, sondern lachen höchstens darüber.

Kommt ein Prinzipal einmal in Verlegenheit, eine Arbeit nicht zur rechten Zeit fertigstellen zu können, dann schickt er nach der Geschäftsstelle und läßt sich ein paar Seher auf einige Stunden kommen, die dann nach Fertigstellung der betreffenden Ordre wieder abmarschieren. Die L. S. of C. kommt den Prinzipalen hierbei noch entgegen, indem sie den Sehern am Ende der Woche soviel Unterstützung auszahlt, als die Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem verdienten Lohne beträgt.

Bei dem Maschinenmeisterverbände besteht ein ähnlicher Modus.

Die Aussichten für deutsche Kollegen sind lange nicht mehr so gute wie vor 25 Jahren. Die Anzahl der in London beschäftigten deutschen Seher ist von etwa 400 zu jener Zeit auf ungefähr 30 zurückgegangen. In englische Druckereien hinein zu kommen, dürfte jungen Zugereisten sehr schwer fallen, da die englische Arbeitsweise und das System ganz anders sind als in Deutschland.

Zugereiste sind nur auf ungefähr sechs bis acht Geschäfte angewiesen, in denen der Wechsel nicht besonders stark ist. Es erscheinen zwei deutsche Wochenzeitungen in London, die Londoner Zeitung „Hermann“, die von dem Freiheitskämpfer Kinkel begründet, und der Londoner „Generalanzeiger“, dessen Gründer ein sehr progressiver Kollege namens Detloff ist. Neben diesen Zeitungen, die von Segmaochinen hergestellt werden, erscheinen noch zwei deutsche Finanzzeitungen in London. Die meisten der anfassigen deutschen Kollegen haben gar keine Fühlung mehr mit Deutschland, sondern sind fast ganz Engländer geworden. Es liegt dies zum Teile auch an den Verhältnissen, denn bei den großen Entfernungen und bei der Verschiedenheit der Arbeitszeit hält es schwer, die Kollegen zusammen zu halten. Etwa zehn deutsche Kollegen treffen sich alle zwei bis vier Wochen in 28-30 East Road, City Road E. G., und halten eine Vereinigung aufrecht, die unter dem Titel London International Typographia vor 16 Jahren nach dem großen Streik vom Kollegen Zwiebel unter Mithilfe verschiedener anderer deutscher Kollegen gegründet und im Jahre 1897 reorganisiert wurde. Kollege Zwiebel steht dieser Vereinigung noch heute als Präses vor. Hier wird Kollegen unentgeltlich Auskunft erteilt und Arbeit vermittelt und in Bedarfsfällen auch manchmal Unterstützung überwiesen.

Nun, Kollegen, nach all dem Gehörten werden Sie sich ein ungefähres Bild von den englischen Verhältnissen, wie sie heute sind, machen können.

Die Engländer sind zweifellos im Vergleiche mit Deutschland zurückgegangen, das ist eine Tatsache, die einschichtige Gewerkschaftler nicht mehr abstreiten können. Sie haben einen schweren Kampf vor sich, sie müssen sich selber gegen ihre wirtschaftlichen Gegner schützen und nebenbei versuchen, auf sämtlichen Gebieten sich zu vervollkommen. Es fehlt ein systematisches Programm, es fehlt die nötige Anregung im Gewerbe. Keine typographischen Vereinigungen, keine belehrenden Vorträge in den Versammlungen, nur ein Dahinvegetieren, ein Hineinleben in den Tag, das ist die Quintessenz meiner Anschauungen über Großbritannien.

Die Trades-Unions bilden zwar noch eine respectable Macht, geht es aber noch lange so weiter, dann werden die früher so guten Verhältnisse rapid zurückgehen.

Ogleich jetzt das Minimum noch weitestlich höher ist als in Deutschland, so wird aber auch daselbe tatächlich zum Maximum. Die Lebensmittel sind teuer geworden und die Löhne sind im allgemeinen gesunken.

Kollegen, ich bin am Schluß meiner Ausführungen angelangt. Es hätte ja noch so manches geirret werden können, z. B. das Genossenschaftswesen, das läßt sich aber nicht alles im Rahmen eines Vesperses ermöglichen.

Ich hoffe, daß der immerhin trodene Stoff für Sie nicht zu uninteressant gewesen ist und rufe Ihnen zum Schluß nochmals zu:

Arbeiten Sie in den Tagen von der Leitung des deutschen Verbandes vorgezeichneten Bahnen tüchtig weiter. Sie sind auf dem rechten Wege; man empfindet dies immer mehr, wenn man einmal die Verhältnisse in anderen Ländern kennen gelernt hat. Bauen Sie das stolze Gebäude weiter aus, und die übrige Welt wird gezwungen sein, sich ein Beispiel zu nehmen an dem Verbande der Deutschen Buchdrucker!

Gau Württemberg.

Der am 17. September in unserer Landeshauptstadt abgehaltene Gautag wurde um 1/2 10 Uhr durch den Gauvorsitzenden Flohr eröffnet, welcher die Delegierten mit dem Wunsch begrüßte, daß die zur Beratung stehende Tagesordnung zum Wohle des Ganzen erledigt werden möchte. Hierauf wurde die Einladung des Gutenbergsvereins zur Herbstfeier gelesen und die Delegierten ersucht, von derselben Gebrauch zu machen. Der Gautag war von fünf- undvierzig Kollegen aus der Provinz und fünfundvierzig aus Stuttgart besetzt, ferner war der gesamte Gauvortrag anwesend. Anschließend an die Verlesung der Präsenzliste entspann sich eine kurze Debatte, ob für einen als entschuldigend fehlenden Kollegen ein Ersatz herbeigerufen werden solle oder nicht; die Sache wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Zur Erweiterung des Bureaus wurden die Kollegen Schlichter in Pforzheim als zweiter Vorsitzender und Härtel als zweiter Schriftführer gewählt. In die Diätenkommission wurden vier Kollegen gewählt. Hierauf gab der Vorsitzende einen Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes, hervorhebend, daß es noch vieler Agitation bedürfte, um die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen; durch den günstigeren Geschäftsgang hätten sich auch die Klassenverhältnisse verbessert und wurde das in der schlechten Geschäftszeit gemachte Defizit wieder ausgeglichen. Die betriebene Agitation habe leider nicht überall einen befriedigenden Erfolg gehabt; hauptsächlich sei dies in Stuttgart und der Bezirk des Stuttgarter Bezirks der Fall; im übrigen werden die Kollegen ersucht, ein wachsameres Auge zu haben auf die

tariflichen Verhältnisse, denn die Lehrlingszahl sei viel zu hoch, namentlich in der Provinz; das Erwiderte möchte daher fest und die Uneinigkeit fern gehalten werden. Nachdem der Vorsitzende noch auf einige tarifliche Gesichtspunkte verwiesen hatte, wurde der Bericht des Schriftführers verlesen. Anschließend an diese Berichte gab der Kassierer noch einige rechnerische Unterlagen über die zur Genehmigung vorliegenden Rechenschaftsberichte. Die Berichte wurden einstimmig genehmigt. Hierauf trat man in die Beratung der Anträge zu § 3 Abs. 2, § 7 Nr. 2 und § 12 Abs. 3 ein, welche vom Versenden angenommen wurden; dieselben wurden ohne Diskussion angenommen. Bei der Beratung des vom Gauvorstand gestellten Antrages zu § 16, welcher die Vertretung auf dem Gantage bestimmt, erwähnte der Vorsitzende, daß durch Annahme dieses Antrages den Provinzialkollegen mehr Gelegenheit gegeben sei, miteinander in Fühlung zu treten. Kollege Klein-Heilbronn sprach gegen den Antrag und betonte, daß der gegenwärtige Modus viel besser zur Agitation beitrage und aus diesem Grunde empfehle er Uebergang zur Tagesordnung. Kollege Härke-Hall schloß sich diesen Ausführungen an und meinte, daß es nicht richtig sei, wenn man den kleinen Mitgliedschaften die Vertretung auf dem Gantage verringere, denn auch die Vertreter der kleinen Mitgliedschaften nehmen auf dem Gantage Anreden mit, welche sie zur Agitation verwerten können. Der Geldstandpunkt müsse hier zurücktreten, denn es könnte einmal ein solcher Standpunkt auch zum Schaden des Gaus sein. Kollege Simon machte einen Vermittlungsvorschlag, welcher vom Kollegen Feuerstein unterstützt wurde. Kollege Knie führte aus, daß die Verhältnisse jetzt anders liegen als früher; die Vertreter der Mitgliedschaften würden doch nur in ihren Orten Bericht erstatten, weiter hinaus gehe niemand, und somit sei der agitatorische Wert nicht mehr in dem früheren Maße vorhanden. Kollege Wendler bestritt ebenfalls den agitatorischen Wert und meinte, daß man sich auf den Antrag Feuerstein einigen könne. Kollege Klein-Heilbronn wünschte, daß der Paragraph bestehen bleibe, es könnte vielleicht später eine Bezirkseinteilung geschaffen werden. Kollege Schröder führte aus, die Vorschläge seien ja gut gemeint, war jedoch der Ansicht, daß die größeren Mitgliedschaften zugunsten der kleineren auf Delegierte verzichten könnten und stellte folgenden Antrag: „Mitgliedschaften, welche mehr als fünfzig Mitglieder zählen, wählen auf je dreißig Mitglieder, die übrige Mitgliedschaft von fünf bis dreißig Mitglieder einen Delegierten, wobei überschüssige fünfzehn und mehr Mitglieder für voll zählen.“ Schübeline-Pforzheim erklärte, daß sie in ihrer Mitgliedschaft stets einen Kollegen von dem ihnen zugewiesenen Orte wählen. Kollege Feuerstein motivierte nochmals seinen Antrag und erwiderte die Provinzialkollegen, demselben zuzustimmen. Nachdem Schröder seinen Antrag zurückgezogen hatte, wurde der Antrag Feuerstein mit fünfundsiebzig gegen einundvierzig Stimmen angenommen; derlei lautet: „Die Mitgliedschaft Stuttgart wählt auf je dreißig, jede andere Mitgliedschaft von zehn bis dreißig Mitglieder einen Delegierten, wobei überschüssige zwanzig und mehr Mitglieder für voll zählen.“ Die Punkte d, e und f wurden nach kurzer Motivierung durch den Vorsitzenden in ihrer seit her bestehenden Form belassen. Unter Punkt g erstattete die Diätenkommission Bericht und stellte den Antrag, daß den auswärtigen Delegierten zur württembergischen Klasse für Arbeitsverhältnis 60 Pf. pro Stunde und für Ueberstunden 2,50 Mk. zu vergüten seien; den Delegierten zum Gantage sollen 5 Mk., die Fahrt dritter Klasse, eventuell Arbeitszeitverhältnis und Ueberstunden nach obenstehenden Sätzen, ferner den Stuttgarter Delegierten 3 Mk. entschädigt werden. Im Laufe der Debatte wurden einige Vorwürfe gegen die Stuttgarter Kollegen, welche der Kollege O. H. in einem Artikel des „Corr.“ erhoben hatte, zurückgewiesen. Kollege Feuerstein stellte einen Antrag, welcher den auswärtigen Gantagsdelegierten 6 Mk. und den Stuttgartern 4 Mk. zubilligt. Der Antrag der Diätenkommission mit der Verringerung Feuersteins wurde angenommen. Bei Punkt h begründete Kollege Wendler den Antrag des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft Stuttgart betreffs Anstellung eines zweiten Verwalters und Genehmigung des von einer Fünfkommmission aufgestellten Gehaltsregulativs. Sämtliche Redner waren mit der Anstellung eines zweiten Verwalters einverstanden und soll die Stelle zur Werbung auf dem Wochenberichte ausgeschrieben werden; die eingelaufenen Bewerbungen hat die Fünfkommmission, welche um drei Provinzialkollegen verstärkt wurde, zu sichten und drei bis vier Vorschläge zur Urwahl zu unterbreiten. Das Gehaltsregulativ wurde gutgeheißen. Dem Gauvorstande wurde eine Remuneration von 500 Mk. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die 25jährige Tätigkeit des Kollegen Knie im Gauvorstande hingewiesen, worauf der Vorsitzende bereits in seinem Berichte Bezug genommen. Der Kollege Bong beantragte deshalb, dem Kollegen Knie für seine eifrige und pflichttreue Tätigkeit als Anerkennung ein Geschenk zu bewilligen; diesem Antrage wurde trotz Abwehr des Kollegen Knie einstimmig zugestimmt. Der Gauvorstand erhielt sodann die Genehmigung, 1000 Mk. Darlehen beim Stuttgarter Gewerkschaftshause anzuflehen. Der Antrag Pforzheim, mit möglichst vielen Gauen in Gegenseitigkeit zu treten, wurde nach kurzer Diskussion dem Gauvorstande zur Erwägung überwiesen. Ein von vier Mitgliedschaften gestellter Antrag, welcher Mittel zur nachdrücklicheren Agitation usw. bewilligt wissen will, wurde warm befürwortet, jedoch wurde der Antrag zur Behandlung unter Punkt 2 (Referat über die tarifliche Lage und

Agitation) verwiesen. Hierauf trat die Mittagspause ein. Nach derselben übernahm Kollege Schübeline-Pforzheim den Vorsitz. Die Delegierten wurden durch Kollegen Foyer namens des Gewerkschaftsartells Stuttgart begrüßt. Bei dem Antrage Saulgau betreffs „Corr.“-Abgatorium trat Kollege Keeser-Balingen für dasselbe ein und meinte, daß der „Corr.“ ein gutes agitatorisches Mittel sei; die anderen Redner waren der Ansicht, daß man es bei dem gegenwärtigen Abgatorium (auf zwei Mitglieder ein Exemplar) belassen könne. Es wurde dann der Antrag abgelehnt. Hierauf nahm Kollege Knie das Wort zu dem oben angeführten Referate, das reichen Beifall fand. In der anschließenden Diskussion wurde der Wunsch des Referenten beipflichtet und der Wunsch laut, daß die Agitation eifriger betrieben werden solle; die Kosten werde der Gauvorstand wohl bewilligen. Der Gauvorstand brachte noch eine Beschränkung vor über die Veröffentlichung an denselben und ermahnte die Vertrauensleute, dies in Zukunft besser zu machen. Nachdem noch eine interne Angelegenheit erledigt war, gab Kollege Floyer ein Resümee über die Verhandlungen und schloß dieselbe mit einem dreifachen Hoch auf den Verband um $\frac{1}{6}$ Uhr.

Die auf den 16. September einberufene Delegiertenversammlung des Unterstützungsvereins für Buchdrucker und Schriftgießer in Württemberg wurde durch den Vorsitzenden Floyer eröffnet und die Eröffnungsrede begrüßt. Nach Verlesung der Präsenzliste und des Protokolls der letzten Generalversammlung wurde in die Tagesordnung eingetreten, und nach kurzen Berichten des Vorsitzenden und des Schriftführers über die Tätigkeit des Ausschusses gab der Kassierer Knie die Anzahl der Invaliden bekannt, welche aus dem Kreisvermögen Unterstützung erhalten; es sei zu diesem Zwecke für dieses Jahr ein Zuschuß von 1800 Mk. nötig. Die Berichte wurden hierauf genehmigt. Beschwerden wurden keine vorgebracht. Für den Ausschluß wurde eine Remuneration von $2\frac{1}{2}$ Proz. bewilligt (einschließlich 200 Mk. für Bureau). Der seit her amtierende Vorstand (Gauvorstand) wurde wiedergewählt. Vor Eintritt in die Beratung der Anträge zur Änderung des Statutes wurde eine Zuschrift des Kollegen Schnepf-Nürnberg verlesen, welcher wünscht, daß die Verhandlungen zum Wohle sämtlicher Mitglieder verlaufen möchten. Anschließend hieran wünschte der Vorsitzende, daß sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt werden möchten. Hierauf trat man in die Beratung der Anträge ein und wurde der Antrag Ullm-Neumühl zu § 4 zunächst behandelt, welcher wünscht, daß diejenigen Kollegen, welche nicht mehr im Berufe arbeiten können und als Ausgesteuerte vom Berufe abgehen müssen und somit keine Verbandsmitglieder mehr seien, doch Mitglieder der Kassen bleiben können. Ehe jedoch in die Diskussion hierüber eingetreten wurde, stellte Kollege Wendler den Antrag, daß auch der von der gleichen Mitgliedschaft gestellte Antrag zu § 9 mitbehandelt werde, was gutgeheißen wurde. Die beiden Anträge wurden vom Kollegen Pfeffer-Ullm motiviert und während der Debatte auch verteidigt. Die Kollegen Wendler, Bäsecke und Knie gaben Ausführung über die früheren Verhältnisse und verwiesen auf den 1892 geführten Prozeß, wie überhaupt zum Ausdruck kam, daß ein solcher Antrag nicht mehr gestellt werden sollte. Hierauf wurde der Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Das gleiche Schicksal traf den vom Kollegen Wolf-Heidelberg gestellten Antrag zu § 10. Der vom Ausschusse zu diesem Paragraphen gestellte Antrag wurde nach kurzer Motivierung durch den Vorsitzenden angenommen. Der von der Mitgliedschaft Stuttgart zu § 16 gestellte Antrag wurde vom Kollegen Wendler motiviert und hervorgehoben, daß man einmal mit einem solchen Sonderrechte für die Provinzialkollegen aufrufen müsse. Dieselben hätten schon lange in ihren Ortskrankenkassen dafür sorgen können, daß sie freien Arzt für ihre Familien hätten; außerdem sei der Stand der Kasse nicht dazu angetan, diesen Zweig länger aufrecht zu erhalten. Die Kollegen Klein-Heilbronn und Härke-Hall bekämpften den Antrag und hoben hervor, daß es für sie nicht so leicht sei, die Familienunterstützung bei der Ortskrankenkasse einzuführen, denn ihre Versuche seien stets mißlungen; die Loyalität der Stuttgarter Kollegen hätten sie höher geschätzt und hofften, daß auch Stuttgarter Kollegen gegen diesen Antrag stimmen würden, denn er sei auch in ihrem Interesse gelegen. Der Stand der Kasse werde durch diesen Zweig nicht gefährdet. Kollege Schübeline-Pforzheim schloß sich diesen Ausführungen an. Kollege Schröder verteidigte nochmals den Antrag, denn es fordere doch die Gerechtigkeit, daß dieses Sonderrecht einmal falle; außerdem gab Redner noch einen Rückblick auf frühere Verhältnisse und behaupte, daß, wie ausgedrückt wurde, die ledigen Kollegen kein Interesse an den Kassen mehr haben sollten, wenn der § 16 falle, denn auch sie würden älter und verheirateten sich, dann hätten sie den gleichen Nutzen. Nachdem Schluß der Debatte angenommen war, wurde der Antrag mit 25 gegen 16 Stimmen angenommen. Die vom Kollegen Wolf-Heidelberg gestellten Anträge zu den §§ 16, 22 und 28 wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der vom Ausschusse zu § 24 gestellte Antrag, daß die Neuwahlen vier Jahre zu antizipieren haben, wurde angenommen. Der Antrag zu § 30, welcher vom Ausschusse und der Mitgliedschaft Stuttgart gestellt war, wurde, nachdem Uebergang zur Tagesordnung mit dem obigen Stimmenverhältnisse abgelehnt worden war, vom Vorsitzenden motiviert. Kollege Härke-Hall meinte, daß das Interesse an den Kassen erkaltet werde, wenn alle fünf Jahre nur eine

Delegiertenversammlung stattfände; außerdem hätten die Ausführungen des Vorsitzenden wie Hohn geklungen und seien die Delegationskosten durchaus nicht so hoch. Kollege Dittus-Pforzheim führte aus, daß das Interesse an den Kassen schwinde, wenn dieser Antrag angenommen werde. Merk-Heilbronn ist der Ansicht, daß statt fünf alle zwei oder drei Jahre eine Versammlung stattfinden solle; diese Zeit sei genügend lang und die Kosten kämen nicht besonders in Betracht. Kollege Schröder erwiderte um Annahme des Antrages, denn es sei keine Rede davon, daß man die Provinz unterdrücken wolle. Kollege Langer-Göppingen sprach sich dahin aus, daß alle drei Jahre eine Versammlung stattfinden solle. Kollege Kayser führte aus, daß dieser Antrag nur dem Interesse an den Kassen entsprungen sei und plädierte für drei Jahre. Nachdem Schluß der Debatte angenommen und der Antrag, statt fünf drei Jahre zu setzen, gestellt war, wurde der Antrag mit dieser Veränderung mit 25 gegen 16 Stimmen angenommen. Der Antrag zu § 23, welcher den Stuttgarter Kollegen das Recht einräumte, alle Jahre den Ausschluß zu wählen (derselbe besteht aus dem Gauvorstande) wurde vom Kollegen Schröder motiviert. Kollege Härke-Hall bekämpfte den Antrag, denn dadurch würden sich die Stuttgarter ein Sonderrecht einräumen. Nachdem noch einige Kollegen ausführten, daß der Gauvorstand stets durch Urwahl gewählt werde, und derselbe wie früher so auch in Zukunft zur Führung der Geschäfte betraut werde, könne also von keinem Sonderrechte gesprochen werden. Vom Kollegen Wehmer wurde behauptet, daß immer die Provinz gegen Stuttgart ausgepielt werde. Schließlich wurde der Antrag mit 20 gegen 14 Stimmen angenommen. Der weitere Antrag zu § 30 Abs. 3 wurde ebenfalls angenommen, ebenso die Anträge zu den §§ 32, 34 und zur Geschäftsordnung Ziff. 8 Abs. 5 Z. 4; auch der Antrag Wolf-Heidelberg, daß im „Corr.“ ausführliche Berichte über die Generalversammlungen zu geben wären. Unter „Offene Fragen“ regte Kollege Wendler die Erwerbung eines eignen Hauses an. Diese Anregung wurde im Laufe der Debatte dem Vorstande zur Erwägung übergeben, es seien eventuell der nächsten Delegiertenversammlung Vorschläge zu unterbreiten. Die Anfragen der Kollegen Klein-Heilbronn, betreffend Diäten, und Härke-Hall, ob die ihnen entfallenden Kosten aus den Kassen bezahlt werden oder aus ihrer Lokalkasse bezüht werden möchten, wurden durch einen Antrag des Kollegen Schröder, die notwendigen Ausgaben zum Besuche der Delegiertenversammlung hätte die Diätenkommission des Gantages mit in Erwägung zu ziehen, erledigt. Das Statut tritt mit dem 1. Januar 1906 in Kraft. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Korrespondenzen.

Breslau. In der am 20. August abgehaltenen ersten Monatsversammlung des Vereins schlesischer Korrektoren wurden zunächst zwei Aufnahmen erledigt, wobei die Frage erörtert wurde, ob Hilfskorrektoren aufzunehmen seien. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, daß Kollegen, die die Hälfte der Arbeitszeit Korrekturen leisten und dafür entsprechend bezahlt bekommen, die andre Zeit dagegen anderweit beschäftigt werden, aufgenommen werden können. Der Vorsitzende Hesse teilte hierauf mit, daß er von der Konstituierung des Vereins schlesischer Korrektoren an die Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands in Berlin Mitteilung gemacht habe, ebenso an den Korrektorenverein in Leipzig. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und Durchberatung der Satzungen für unsern Verein schloß der Vorsitzende die heutige Besuche Versammlung. — Am 17. September hielt derselbe Verein seine zweite Monatsversammlung ab, in welcher nach Aufnahme eines Mitgliedes der Beitritt des Vereins schlesischer Korrektoren zur Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands zum 1. Oktober beschlossen wurde. Dann wurden einige lokale Angelegenheiten erledigt, und hiernach schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mitteilung, daß aus der Provinz einige Anfragen zwecks Aufnahme in den Verein ergangen, aber nicht in dem Maße, wie es zu wünschen und zu hoffen sei.

pe. Hannover. Der „Korrektorenverein“ im Gau Hannover behandelte in seiner Versammlung vom 24. September den augenblicklichen Organisationsstand und wurde sich schlüssig, die Verbandsleitungen in mehreren größeren Druckorten des Kreises I zu ersuchen, die ortsanfälligen Korrektoren für die Korrektorenbewegung zu interessieren, mindestens aber zur Beteiligung an der Statistik zu bewegen, da uns nicht in Kenntnis, daß die Kollegen dieser Städte sich bereits anschließen. Es kommen in Betracht Bremen mit 44, Lübeck mit 17, Oldenburg mit 8, Flensburg mit 18, Schwerin mit 8, Kiel mit 28 und Hildesheim mit 8 Tarifdruckereien, aus denen sich doch mindestens 25 Korrektoren rekrutieren dürften. Die Korrektorfolgen dieser Orte werden dringend ersucht, wenn auf unser baldigst erfolgendes schriftliches Ersuchen die Ortsleitungen mit ihnen Fühlung nehmen oder unsere direkte Aufforderung übermitteln, dieses Weihen nicht resultatlos zu lassen, und bei genügender Zahl entweder sich selbständig zu organisieren und der Zentralkommission anzuschließen, oder aber als Einzelmitglieder vorläufig Hamburg oder Hannover zuzuwenden. Weiter wurde es als jedenfalls praktisch und die Arbeiten des ins Auge genommenen Korrektortages bedeutend erleichtern bezeichnet, wenn auch schon bezüglich der Antragstellung zu diesem Tage in möglichst großem Kreise

Antheitlichkeit geschaffen würde. Da der Tag doch jedenfalls erst Pfingsten stattfinden, sei Weihnachten sehr passend, um in Hannover für den ersten Tarifkreis eine solche Aussprache zu pflegen; Hamburg werde sich wohl auf alle Fälle daran beteiligen durch einen Delegierten, und sollte dieses den anderen Kreisstädten dann noch nicht möglich sein, so wären uns ihre schriftlichen Wünsche auch sehr willkommen. Es wurde der Vorstand beauftragt, sich mit Hamburg usw. in dieser Frage in Verbindung zu setzen. Statt der regellosen Versammlungsabhaltung sind für die Ortskollegen feste Monatsversammlungen an jedem ersten Montag im Monate festgesetzt; für wichtige Punkte, zu denen auch das Erscheinen auswärtiger Kollegen erwünscht, werden aber Sonntagsversammlungen abgehalten. Alle Kollegen und Verbandsinstanzen, denen von hier aus in kürzester die Statistikkarten zugestellt werden, bitten wir auch hier nochmals, für eine möglichst vollständige Ausfüllung Sorge zu tragen zu wollen, besonders aber den Vermerk nicht zu verzeihen, ob Schabenerpflicht besteht oder nicht, event. in welcher Form.

pf. Jena. Der Bezirksverein Jena hielt am 24. September in Blankenburg seine zweite Ordentliche Versammlung ab. Diefelbe war von 134 Kollegen besucht, und zwar aus Jena 64, Rudolstadt 34, Saalfeld 31, Kahl 3 und Blankenburg 2. Eine Begrüßungskarte war eingelaufen von den Vertretern der Jm zur Kur weilenden Kollegen Teufel, Tauchnitz und Vöde. Aus dem Situationsberichte des Bezirksvorsitzenden Meinhardt sei folgendes festgehalten: Die Konjunktur konnte im Sommerhalbjahre dauernd als eine gute bezeichnet werden, so daß der Mitgliederstand sich um ein Bedeutendes erhöhte. Nicht allzu rosigge Zustände herrschen in dem zu unserm Bezirke gehörigen Orte Könniges. Es sollen dort „Gehilfen“ von 12 bis 15 Mk. Wochenlohn ihr Dasein fristen. Man will versuchen, durch Vertrauensleute anderer Gewerkschaften diesen Kollegen beizukommen und sie event. der Organisation zuzuführen. In Rudolstadt hat sich der Ortsverein des Gutenbergbundes aufgelöst und sind diese Kollegen bis auf einen dem Verbandsbeigetreten. Trotzdem einige Tage nach dem Uebertritte einer der Bundeshauptlinge (Janjon) in Rudolstadt anwesend war und die „Unteren“ dem Bunde zu erhalten suchte, sind seine Bemühungen erfolglos geblieben. Gegenwärtig zählt der Ortsverein Rudolstadt wieder 45 Kollegen und hat somit seinen alten Stand, den er im Jahre 1891/92 eingebüßt hatte, wieder erobert. Der Beschluß der Generalversammlung: „Aufhebung der Bezirkskrankenkasse“, fand insofern seine Erledigung, als man beschloß, die Bezirkskasse, welche laut gedruckter Vorliegender Abrechnung einen Bestand von 474,64 Mk. aufwies, vorläufig weiter bestehen zu lassen. Zum nächsten Gantage will man dann eine entsprechende Erhöhung des Ganzjahressatzes beantragen, um so für den Wegfall des Bezirkszuschusses einen Ausgleich zu haben. Als nächster Tagungsort wurde Saalfeld durch das Los bestimmt, nachdem für Rudolstadt und Saalfeld je 38 Stimmen abgegeben waren. Den an der Versammlung teilnehmenden konditionslosen und reisenden Kollegen wurde ein Festgeld von je 3 Mk. bewilligt. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, in der bisherigen Weise weiterzuarbeiten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen. Nachmittags wurde ein Spaziergang durch das herrliche Schwarzatal, den Trippstein nach Schwarzburg unternommen. Hatte der Führer der Partie auch nicht gerade die besten „Bege“ ausgemacht, um zum Ziele zu gelangen (er verfolgte, wie nachträglich bekannt wurde, den Zweck, sich seine Taschen, wahrscheinlich infolge der dort herrschenden Fieschheit, mit Pilzen zu füllen, die es dort in großer Menge gibt), so verließ die Jünger der schwarzen Kunst auch nicht eine Minute der Humor und Wohlverhalten, wenn auch infolge des Regens etwas durchnäßt, erreichten sie Schwarzburg, von wo aus sie in verschiedenen Trupps die Heimreise antraten.

B. Karlsruhe. Am 17. September hielt die Vereinigung der Stereotypen- und Galvanooplatier Süddeutschlands hier in der Restauration „Karlsruhe“ ihre Ordentliche Generalversammlung ab. Erschienen waren Kollegen aus Karlsruhe, Bruchsal, Heidelberg, Mannheim, Neustadt a. S., St. Johann, Lanbau, Straßburg, und Lahr. Vor Eintritt in die Tagesordnung ließ der Vorsitzende Schulz die Anwesenden herzlich willkommen und dankte insbesondere dem Bezirks- und dem Ortsvereinsvorsitzenden, Kollegen F. Rippen und J. Breuer, sowie dem 1. Vorsitzenden des hiesigen Maschinenfabrikervereins, Kollegen C. Schäffer, für ihr Erscheinen. Zugleich teilte der Vorsitzende mit, daß Kollege Julius Steiert-Mannheim am 28. April verstorben sei. Hierauf entwarf der Vorsitzende einen Rückblick auf das abgelaufene Vereinsjahr, nach welchem zu schließen, daß die Vereinigung im festen Wachsen begriffen sei. Sodann erstattete der Kassierer Hilker den Kassienbericht, welcher ein befriedigendes Ergebnis zutage förderte und wurde dem Kassierer Dedarje erteilt. Als einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Stellungnahme zu den Generalversammlungsbeschlüssen des Verbandes, die Spartenfrage und die Aufhebung der von ihnen gepflogenen Unterstützungslisten anzusehen. Hierüber entspann sich eine sehr lebhaft debattierte, welche teils für, teils gegen Aufhebung dieser Listen sich aussprach. Schließlich wurde ein diesbezüglicher Antrag, dieselben bis zum nächstjährigen Kongresse fortbestehen zu lassen, angenommen. Nachdem noch verschiedene technische Fragen erledigt waren, schloß der

Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. Nachmittags fand ein Ausflug nach Durlach auf den Turmberg statt, an welchem sämtliche Kollegen teilnahmen. Den Abend verbrachten die noch anwesenden Kollegen in Gemeinschaft mit den Karlsruhern im Vereinslokale. Mäße dieser Tag beitrugen, die Kollegialität unter den Stereotypen- und Galvanooplatier weiter zu fördern, nicht nur zu unserm eignen, sondern auch zum Wohle der Allgemeinheit.

-ü. Kempten. Die Mitgliedenschaft Kempten veranstaltete am 16. September abends zu Ehren ihres Kollegen Wilhelm Keßner, welcher nunmehr fünfundsiebzig Jahre ununterbrochen dem Verbands angehört, einen solennen Gedenkabend. Zahlreich hatten sich die Kollegen in dem der Feier angemessenen hübsch decorierten Verbandslokale („Alders-Neustadt“) eingefunden. Nach einigen Musikstücken einer Abtheilung der Stadtkapelle, welche sehr viel zur Verschönerung der Feier beitrug, gedachte der erste Vorsitzende Koch in anerkennenden Worten der Verdienste, welche sich Kollege Keßner um die Mitgliedenschaft Kempten, besonders als langjähriger Vertrauensmann derselben erworben hatte. Keßner hob hervor, daß der Jubilar schon vor mehreren Jahren vom Berufe abgegangen, deshalb aber doch ein sehr eifriges Mitglied des Verbandes geblieben sei. Kollege Koch stellte den Gezeiten als nachahmungswürdiges Beispiel hin und überreichte ihm zum Schluß seiner Rede im Namen der Mitgliedenschaft einen zinnernen Pokal als äußeres Zeichen des Dankes für seine vielen Verdienste um den Verband. Nach einem allgemein geungenen Gutenbergliebe dankte der Jubilar in warmen Worten der Mitgliedenschaft für den ihm bereiteten Ehrenabend und das schöne Gesehnt. Er erachtete das bisher von ihm Gesehnte nur als seine Pflicht und versprach auch fernerhin, treu zur Mitgliedenschaft und zum Verbands zu halten. Im weitem Verlaufe feierte auch der zweite Vorsitzende Elyschig in einer Ansprache den Jubilar. Auch die von einem Kollegen in schwäbischer Mundart humorvoll vorgetragenen Gedichte verfehlten ihre Wirkung nicht. Des weitern verstand es auch unser „Zauber- und Verwandlungskünstler“ die Anwesenden durch seine Manipulationen in höchstes Staunen zu versetzen. Es war daher nicht zu verwundern, daß bei einem so abwechslungsreichen Programme die Kollegen bis zur Morgenstunde beisammen saßen und dann erst langsam in frohher Laune ihre Wigwams aufsuchten.

r. Mainz. Am 17. September fand im „Bauhause zum Gutenberg“ eine gut besuchte Bezirksversammlung statt. Eingang derselben gedachte der Vorsitzende zunächst mit ehrenden Worten des verstorbenen Oberverwalters Dr. Gajner, denselben als einen wahrhaften Freund der Buchdruckerfacke, einen eifrigen Förderer des Gutenbergmuseums, wie überhaupt als einen edlen Gönner der Buchdruckerfacke feiernd. Die Versammlung ehrte das Andenken dieses für die Stadt Mainz leider zu früh Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Alsdann fanden sechs Neuaufnahmen ihre Erledigung. Der Meistaltverwalter erstattete Bericht über die Kasse für August, welcher ebenfalls genehmigt ward. Es wurde nun als zweiter Punkt das bekannte Zirkular des Gantvorstandes betreffs Annullierung eines auf dem Ganttage März 1905 zu Heidelberg rechtmäßig gefaßten Beschlusses (den zu Friedensübungen einberufenen Kollegen die Gaunterstützung zu gewähren) einer eingehenden Besprechung gewürdigt. Besonders mißbilligt wurde die Art der Abfassung des Zirkulars, welches so recht zeige, wie man unter allen Umständen den zu Recht bestehenden Beschluß in den Ortus verjagen möchte. Die Versammlung blieb denn auch beharren auf dem am 6. August gefaßten Resolutions, und zwar einstimmig. Von verschiedenen Nebenern wurde betont, warum man denn nicht früher gekommen sei und gegen einen solchen Antrag Protest beim Zentralvorstande eingelegt habe, wo er doch schon, sage und schreibe neun Jahre die Gantage des Mittelrheins beschäftigt habe. Jetzt nun, da er endlich Umahme fand, laufe man Sturm dagegen, folglich habe man wahrscheinlich die Debatten darüber auf den Gantversammlungen aus Zeitvertrieb gepflogen. Ferner wurde noch betont, daß es ja nur das Wort „Mittler“ sei, woran die Protestler sich stoßen resp. sich veranlassen, gerade als wie der Stier vor einem roten Lapfen. Ein Nebener war sogar der Ansicht, wenn man in der Gantfacke nichts übrig habe für diesen Unterstützungsbeitrag, dann möge der Gantvorstand seine Remuneration kürzen, vielleicht verleihe dann etwas für die übrigen Kollegen. Mainz verheißt also nach wie vor auf dem zu Recht gefaßten Beschlusse bestehen. Weiter wurde noch beschlossen, daß jetzt in der Herbstkampagne eine intensive Agitation im Bezirke vorgenommen werden soll. Der Vorsitzende gab alsdann einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes und ermahnte zum Schluß die Kollegen, eilig zusammenzutreten, um bei der kommenden Tarifrevision als geschlossene Organisation vor die Prinzipale hintreten zu können; wenn dieselben dann ein solch festes Gefüge seien, würden die Gehilfenforderungen auch Gesehnt finden. Ein Fall, wo einem Maschinenmeister von dem Faktore das Einlegen an der Maschine zugunommen wurde, fand eine recht ausgedehnte Diskussion, welche den Schluß zeitigte, daß der Vorstand sämtliche Kollegen der betreffenden Offizin zu einer Druckerversammlung einzuladen hat, um diesen und noch andere Mißstände einer Regelung zu unterziehen. Zum Schluß wurde noch der Kollege Schneider-Bingen (jetzt Prinzipal) wegen Neffterens aus dem Verbands ausgeschlossen.

Mainz. (Maschinenfabrikverein.) In der am 24. September abgehaltenen Versammlung brachte der Vorsitzende zwei Zirkulare des Gantvorstandes zur Verlesung. Der Anregung Darmstadt, vor dem Maschinenfabrikervereins eine außerordentliche Gantversammlung abzuhalten, wurde zugestimmt; auch war die Versammlung mit dem Vorlage des Gantvorstandes einverstanden, nach welchem die außerordentliche Gantversammlung in Mannheim stattfinden soll. Zu Agitationszwecken wurden der Gantfacke 10 Mk. überwiesen, außerdem sollen aus der Bezirkskasse pro Mitglied 50 Pf. an die Zentralkommission zur Deckung der Kosten des Maschinenfabrikervereins abgeführt werden. Weiter wurde beschlossen, die „Technischen Mitteilungen“ auch ferner zu unterstützen und der von Stuttgart angestrebten Vereinigung nicht beizutreten.

z. Plauen. Die Typographische Gesellschaft hier trat mit ihrer Versammlung am 23. September in ihre Arbeiten für das Winterhalbjahr ein. Im Vereinszimmer waren ausgelegt die Johannistagsgedruckten, ferner die im letzten Kurzus für Naturzeichnen hergestellten Arbeiten sowie Vorlagen in Kopierschnitt und Arbeiten aus der Praxis des Kollegen Buchta, des Vorsitzenden der Gesellschaft. Kollege Strobel hielt einen Vortrag über Berechnung von Druckarbeiten, der viel des Wissenswerten bot. An denselben knüpfte sich eine Aussprache, ebenso an die von Mitgliedern der Vereinigung an beizuliegenden Drucksachen angestellte Kalkulationen sowie über verschiedene technische Fragen. Unter anderem wurde das Submissionswesen der Städtebehörde an Beispielen gekennzeichnet und besprochen. Es wurde ferner beschlossen, zunächst einen Kurzus im Skizzieren zu eröffnen. Zu wünschen bleibt natürlich, daß sich recht viele Kollegen an den Arbeiten der Typographischen Gesellschaft beteiligen, die jetzt im hiesigen Vereinsleben eine wesentliche Lücke ausfüllt und uneigennützig dazu beitragen und Gelegenheit geben will, die technische und theoretische Ausbildung der Kollegen den Forderungen der Zeit entsprechend zu vervollkommen. Am Schluß des Vereinsabends nahm unser „langer Möller“ vor seiner Abreise nach Halle Abschied von der Gesellschaft und den hiesigen Kollegen. Wir schließen uns seinem Wunsche an, daß die Typographische Gesellschaft auch weiter beitragen möge zur Fortbildung ihrer Mitglieder, und daß der Ortsverein in steter Eintracht zum Segen des Verbandes bleiben möge.

G. Wittenberg. (Gutenbergbund und Tarif.) Eigentlich ein Unterschied wie Tag und Nacht. Und doch sieht der „Typograph“ in seinen Spalten so häufig, natürlich in falscher Melodie, das Lied von der Treue des im Absterben begriffenen Bundes. In einer der letzten Nummern des Organs für geistige Verblüdung konnte der Außenwelt von hier Kunde gegeben werden, daß in der Wittenbergischen Druckerei, wo die Bändler ihr unruhmlisches Dasein fristen, nun endlich der Lokalschutzlag gemacht werden sollte. Titel Freude herrschte darob bei den Bändlern. Es wäre natürlich vermessend, anzunehmen, daß die Bändler sich dazu aufgeschwungen hätten, auch einmal das zu fordern, was zur Ehre eines Buchdruckers gehört und was W. seinen Gehilfen schon immer vorenthalten hat. Und wenn nun in dem betreffenden „Typograph“-Artikel weiter erwähnt ist, daß man dies ohne Opfer erreicht hat, so ist das wieder einmal Schwindel. Allerdings hat der Gutenbergbund noch kein Opfer für unsere Tarifacke gebracht, und werden die Bändler am hiesigen Orte auch niemals in die Lage kommen, Opfer zu bringen, weil ihnen das Bewußtsein und die Begeisterung für unsere große Tarifacke fehlt, auch weil die bedauerlichen jungen Kollegen durch einige Verbandsfresser fortgesetzt über den Verband und seine Kulturaufgaben belagert werden. Der Verband ist es gewesen, der ihnen alle bisherigen Verbesserungen und auch die letzte gebracht hat, und das allerdings unter schweren Opfern. So lange die Firma W. überhaupt existiert, sind es nur immer Verbandsmitglieder gewesen, die für den Tarif eintraten und dann auf die Straße flogen. Und ihre Klage sind durch Gutenbergbändler besetzt worden, deren Leitung sich jetzt einen Lorbeerkranz umhängen möchte. Und hier liegt das Unwürdige der Stellung der Bändler, dessen sie sich allerdings mit Ausnahme ihrer Leitung nicht bewußt sind. Der nun endlich gewährte Lokalschutzlag ist wiederum nur auf Drängen der Verbandsmitglieder gewährt worden, weil schon vor längerer Zeit der Antrag auf Streichung der Firma Wittenberg aus dem Tarifverzeichnis gestellt wurde, was nun vor sich gehen sollte. Dem energischen Vorgehen des Prinzipals- und Gehilfenvertreters und des Tarifamtes ist es weiter zu danken, daß W. einleiten mußte. Die Gutenbergbändler haben also wieder einmal geerntet, wo die Verbandsmitglieder gesät haben. Daß jedoch der Kassierer des hiesigen Bundesvereins nebst zwei weiteren Bändlern noch mit 32 Pf. bedroht, daß die Lehrkingszucht in vollster Blüte steht, und daß Herr W. seinen Gehilfen das gesetzlich gewährteste Koalitionsrecht bei Entlassung verbietet, ist für uns Verbandsmitglieder genug, den Antrag auf Streichung der Firma Wittenberg aus dem Tarifverzeichnis aufrecht zu erhalten. Ob die christlichen Bundesmitglieder angesichts dieser Tatsachen nun einmal in sich gehen werden? Ueber ein Opfer des verderblichen Einflusses des Gutenbergbundes ein andermal.

Rundschau.

Wie ein konservativer Landtagsabgeordneter über die Tarifverträge und die Buchdrucker urteilt, war auf einer kürzlich in Wiesfeld abgehaltenen

Konservativen Parteiverammlung zu vernehmen. Der Abgeordnete Hammer aus Schlesien-Berlin fühlte als Referent darüber etwa folgendes aus: Wir müssen unsere Bestrebungen zu bezahlen, daß sie auch bei uns anhalten. Dies auf dem Wege der Tarifabschlüsse zu machen, sei nicht zu empfehlen. Am treffendsten zeige sich dies an dem Beispiele einer großen Berliner Zeitung. Die Buchdrucker gehören wie bekannt zu den bestorganisierten Arbeitern, die sich den Zensur um die Sozialdemokratie kümmern, sondern nur auf sich und auf ihr Wohlergehen bedacht sind. Durch den Tarifvertrag, der alle fünf Jahre erneuert wird, kommen die Buchdrucker immer von neuem und fordern eine weitere fünf-, sieben- einhalb- bis zehnprozentige Lohnerhöhung. Diese Forderungen stehen in gar keinem Verhältnis zu den nur unbedeutend gestiegenen Lebensmittelpreisen und Mieten. Wenn das so weiter geht, könne kein Arbeitgeber diese Löhne mehr bezahlen. Auf diese Weise kommen wir mehr und mehr zu englischen Verhältnissen. Durch ein fortwährendes Zurückdrängen der Arbeitszeit auf acht und noch weniger Stunden sei der englische Handel auf dem Weltmarkt dem deutschen gegenüber lange nicht mehr so konkurrenzfähig. Das beste Abhilfsmittel sei die Einführung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Laut Tarif bekomme der schlechte Arbeiter ebenso viel wie der bessere. Jetzt werde der minderwertige Arbeiter von dem letzteren geduldet, weil er ihm weiter nicht schade. Aber mit dem Momente der Einführung der Gewinnbeteiligung würde der Fähigere den Geringwertigeren nicht an seinem Plazze dulden; dann würde es heißen, der Letztere sei nicht inlande, seinen Plaz zu ausfüllen. Der Arbeiter hätte ein ganz andres Interesse, wenn er am Geschäft mit beteiligt sei. Dann wäre auch der Generalstreik nicht zu fürchten. Die Einführung der Gewinnbeteiligung ist der einzige Weg, uns über Wasser zu halten. — Der Landtagsabgeordnete Hammer gehört zu den Leuten, welche von der großen Lebensmittelverteuerung und von den stark gestiegenen Wohnungsmieten nichts merken, weil sie diese den Mann aus dem Volke so schwer treffenden Bedrückungen eben nicht am eignen Leibe zu spüren bekommen. Wenn die Buchdrucker sowie die Arbeiter der anderen Berufe Lohnforderungen in der bezeichneten Höhe stellen würden, so hätten sie die beste, durchschlagendste Begründung in der Lebensmittelverteuerung, die keineswegs eine vorübergehende bleiben, sondern durch den neuen Zolltarif eine dauernde sein wird. Wegen eine solche Motivierung könnte aber auch nicht das geringste eingewendet werden, denn die ganz erhebliche Steigerung der Lebensmittel usw. ist und wird antich befähigt. War die Reichstagsmehrheit für den Zolltarif über die Folgen ihrer Verteuerungspolitik auf das Lohnniveau der Arbeiterschaft sich nicht im klaren, so kommt diese Erkenntnis jetzt einfach zu spät. Nicht nur für die agrarischen Schnapphähne gibt es einen Standard of life, sondern auch die Arbeiterschaft verlangt, was für den Lebensunterhalt und ein menschenwürdiges Dasein notwendig ist; die Höhe dieses Forderens soll uns heute nicht weiter beschäftigen. Das Verwerfen der Tarifverträge, weil diese angeblich die industrielle Entwicklung behindere, ist platter Unsinn. Dagegen ist die Gewinnbeteiligung längst als ein Räuber anerkannt worden, der die Arbeiter seziert, nicht aber auf eine höhere Stufe erhebt; den Nutzen davon haben nur die Unternehmer.

Am den Landtag von Neuf a. S. hatten unsere Greizer Kollegen eine Petition gerichtet, die Behörden anzuhalten, daß Druckaufträge von denselben nur an Tarifdruckereien vergeben werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Fensel erhob dieselbe zum Antrage, aber die bürgerlichen Abgeordneten — bis auf einen einzigen — unterfügten dieselbe in keiner Weise, ja sie wollten erst nicht einmal die Verlesung der Petition zugeben. Der sozialpolitische Horizont im außerordentlichen rheinischen Landtage hängt gar tief.

Die Posener Handelskammer hat die Anfrage über Zweckmäßigkeit der Festlegung einer Höchstzahl der Bezahlung für Buchdruckereien dahin beantwortet, daß sich die großen Druckereien ihres Bezirks für und die kleinen gegen die Anerkennung unserer Lehrlingskata ausgesprochen hätten. Die Kleindruckereien gaben an, sie müßten wegen ihrer geringen Konkurrenzfähigkeit hauptsächlich mit Lehrlingen arbeiten. Diesen Standpunkt, mit dem ja schließlich alle möglichen Konkurrenzmanöver ihre Berechtigung fänden, haben wir schon oft genug als grundsätzliche widerlegt.

Vorlesungen über Zeitungswesen werden immer häufiger in den Lehrplan der deutschen Hochschulen aufgenommen. In diesjährigen Wintersemester werden, wie in den letzten Jahren, in Heidelberg von Professor Adolf Koch Vorlesungen über „Geschichte, Wesen und Bedeutung der öffentlichen Meinung, der Presse und des Journalismus in Deutschland“ stattfinden. Derselbe hält auch „Praktische Übungen zur Einführung in die Journalismik“ ab. An der Universität Zürich hat Dr. Wettstein, der sich unlängst als Privatdozent für Journalismik habilitiert hatte, jetzt einen antich Lehrauftrag für dies Fach erhalten, so daß die Journalismik in Zürich nunmehr wohl auch Gegenstand der Doktorprüfung sein kann. Wettstein liest über die „Geschichte der Tagespresse im 19. Jahrhundert“ und über die „Technik der Tagespresse mit journalistischen Übungen“. An der Greifswalder Universität trägt Professor v. Wendt in nächsten Winter erstmals über „Presse und Journalismus“ vor, an der Danziger Lechnischen Hochschule wird Professor Tietz sein Kolleg über „Zeitungswesen“ im nächsten Sommer wiederholen. Und schließlich hat auch die Handelshochschule zu Köln ihren

Studienpläne eine Vorlesung des Dozenten Bruns über „Das heutige Zeitungswesen“ einverleibt. Eingegangene Zeitchriften: „Amer Rundschau“, Organ der evangelischen Vereine, nach zehnmonatlichem Dasein; „Sachsenstimme“ in Dresden, eine von dem ehemaligen Sozialdemokraten Lebus gegründete Wochenschrift.

Ohne Tagespresse befindet sich jetzt die deutsche Reformpartei, also die Antijemiten. Der Reichstagsabgeordnete Bruhn ist nämlich jetzt von der „Staatsbürgerzeitung“ in Berlin zurückgetreten und gründet eine Wochenschrift. Die „Staatsbürgerzeitung“ teilt dies mit dem Bemerkten mit, sie werde sich „nicht in den immerhin engen Rahmen einer einzelnen Partei einzuwängen lassen, nicht in einer Partei liege die Zukunft des Vaterlandes. Alle Parteien, Verbände und Vereine, die auf nationaler Grundlage aufgebaut seien, würden ihr als Mitstreiter zur Erreichung der höheren Ziele willkommen sein.“ Den gleichen Weg geht aber auch die „Deutsche Wacht“ in Dresden, aus welcher der Reichstagsabgeordnete Zimmermann scheid, um ebenfalls eine Wochenschrift herauszugeben. Die „Deutsche Wacht“ jagt frant und frei, daß die Reformpartei eine Tageszeitung nicht mehr erhalten könne.

Der Brand in der Turiner Bibliothek, durch den bekanntlich eine Anzahl sehr wertvoller Manuskripte verloren ging, hat dem Gedanken an eine sicherere Erhaltung alter, für die Wissenschaft wichtiger Manuskripte wieder neue Nahrung gegeben. Auf dem Lütticher Kongresse der Bibliothekare ist nun mitgeteilt worden, daß die Vereinigten Staaten eine Sammelstelle für Handschriften von solchen alten Manuskripten errichten wollen. Abzüge davon sollen zu einem geringen Preise Gelehrten für Studienzwecke zugänglich sein.

Freigeprochen von der Beleidigung des Königs von Sachsen — Montignojoaffäre — wurde der Redakteur Keil von der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Die Geschworenen verurteilten auch in diesem zweiten Prozesse, der „Eimplijjinnus“ war bekanntlich auch wegen einer solchen Beleidigung des sächsischen Königs in Stuttgart belangt worden, die Schulfrage, und so erlitt zum zweitenmale die Stuttgarter Staatsanwaltschaft in der Montignojoaffäre eine Niederlage.

Der städtische Arbeitsnachweis in Nürnberg, gegen dessen Geschäftsführung schon so viele Einwendungen erhoben wurden, hat nunmehr selbst den Beweis für seine Eigenschaft als antichs Streifbureau erbracht. Ein Streikender stellte den Beamten ein Bein, indem er um Arbeit ansprach. Der Vorleser des Nachweises sagte ihm, er solle zu einer, von einem Ausstapde betroffenen Maschinenfabrik gehen, den ihn etwa ausführenden Streikposten aber verschweigend, daß er vom Arbeitsamte geschickt werde. Der Ausstapde tat natürlich das Gegenteil, und so ist denn vor aller Welt offenkundig, wozu sich der städtische Arbeitsnachweis in Nürnberg hergibt.

Das geschäftliche Risiko des Gewerbes der Streikbrecherlieferanten fand neulich von der Duisburger Strafkammer „gerechte“ Würdigung. Es handelte sich um den Agenten Ad. Hellenburg, der beschuldigt war, sich des Betrages in drei Fällen schuldig gemacht zu haben. Er sollte den Baunternehmer Gottlieb um 600 Mark und die Firma Weidner in Walsum um 1000 Mark, ferner die Dejaner Waggonfabrik um 240 Mark geschädigt haben. Der Ungegluckte hatte es übernommen, Arbeitswillige von auswärtig zu beschaffen, und die aufgelisteten Summen als Kneigeld, Speien usw. erhalten. Er machte glaubhaft, daß er nach Mecklenburg, Ostpreußen usw. gereist sei, um dort Arbeitswillige zu engagieren. Nach seiner Angabe haben die „sozialdemokratischen Agitatoren“ ihm die geworbenen Kräfte wieder abwendig gemacht. Das Gericht glaubte dem so arg gefoppten „Geschäftsmann“ und kam zu einem Freispruch.

Zu früherer Beginn der Versammlungen ist strafbar. Das Landgericht in Eisenberg hat jüngst entschieden, daß auch nicht eine Minute vor dem in der Versammlungssammlung bezeichneten Zeitpunkte die Verhandlungen begonnen werden dürfen. Ausgeschlossen ist die Zeitbestimmung der nächsten öffentlichen, als maßgebend anerkannt.

Ein allgemeiner russischer Arbeiterkongress soll im Dezember in Moskau stattfinden. In den verschiedensten Städten wird lebhaft Propaganda für diese Tagung entfaltet.

Die Arbeiterergroschen vergendet werden, könnte Dr. Mugdan, der solche Entsendungen bei Krankentassen als sein Spezialgebiet ansieht und im Reichstage, auf Kongressen und in Versammlungen gegen die Verwaltungen der von Arbeitern geleiteten Krankentassen Verdrächtigungen über Verdrächtigungen seit, nunmehr mit einem neuen Belege beweisen. Er wird das aber nicht tun, sondern zu schweigen vorziehen. Es handelt sich nämlich um die Kaufmännische Ortskrankenkasse in Bernburg, die von keinem Sozialdemokraten, sondern von einem Oberstadtssekretär in Nebenamte verwaltet wird. Diese Kasse mußte sich auflösen, weil ihre Erlöse mit den Bestimmungen des Krankenterversicherungsgesetzes in Widerspruch steht. Ein Fall, der an sich schon eigenartig genug ist. Die Mitglieder der aufgelösten Krankentasse mußten zu der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Bernburg überreten. Die nebenamtliche Tätigkeit des erwähnten städtischen Beamten hatte somit auch ihr Ende erreicht. Da aber der Herr Oberstadtssekretär mit der Kasse den Anstellungsvertrag in der Weise vor einiger Zeit abgeändert hatte, daß er nur bei grober Pflichtverletzung

seines Amtes entlassen werden könne, so machte er Entschädigungsansprüche geltend. Leider wurden ihm dieselben in Gestalt einer einmaligen Abfindung von 4500 M. auch erfüllt — einer weiter sein Amt bekleidenden Person mit 4900 M. Jahresgehalt.

100 Prozent Dividende, und zwar nach sehr reichlichen Abschreibungen usw., verteilt die Internationale Bohrgesellschaft in Erlenau. Professor Schmoller, der auf der vorwöchigen Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik (die wir nach Abschluß der Artikelserie über den Jenaer Parteitag besonders behandeln werden) mit seinen Eitirnen gegen die Windmühlensügel des Großkapitals nicht gerade zur Trüblichkeit reizte, wird an diesem wahnwitzigen Projekte nun ersehen können, daß die wirtschaftliche Lebermacht der Kindorf und Genossen durch seine Reformvorschlüge wahrlich nicht zu brechen ist.

Auch gute Beispiele vermögen anzufestken, wie die neuesten Nachrichten aus Württemberg und Baden lehren. Nachdem nämlich die bayerische Staatsbahnverwaltung in den letzten Wochen in ihren Werkstätten die neunhündige Arbeitszeit eingeführt hat, ist auch Württemberg diesem Beispiele gefolgt und Baden steht im Begriffe, das gleiche zu tun.

Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie hat sich mit Schluß der letzten Woche so entfaltet, wie nach der allgemeinen Situation vorauszusetzen war und in „Corr.“ ebenfalls voraus gesagt worden ist. Die Werke haben die zehn Prozent ihrer Arbeiter nicht zurückzahlen können, weil diese sich eben den Ausgesperrten angeschlossen. Gemeinsame Sache machten weiter die Maschinenisten und Heizer der Kraftzentralen. Die Stromlieferung ist also unterbrochen; die Große Berliner Straßenbahn hat deshalb seit Montag morgen ihren Betrieb auf die Hälfte eingeschränkt, die Wagen aller Linien fahren jetzt in doppelt so langen Zeitabständen wie sonst. Die Ingenieure, Techniker und Meister der Werke haben sich zur Aufrechterhaltung des Betriebes in den Kraftzentralen zur Verfügung gestellt, ferner wurden von der Berliner Feuerwehr im ganzen 50 Mann abkommandiert, um in den Elektrizitätswerten Streifbrevendienste zu verrichten. Unter den Feuerwehrleuten herrscht große Empörung über diese Zumutung. Zu den Ausstapde und Ausgesperrten sind inzwischen noch 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Glühlampenwerke hinzugekommen, die einen Sympathiestreif erwiesen. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamte haben sich völlig zerfallen. — Der Streik der Holzarbeiter in Köln hat noch eine Verschärfung erfahren. Am nämlich allen Zwischenweilern, die vor dem Ausstapde noch keine eigene Werkstatt besaßen, die Gelegenheit zu Streikarbeit zu nehmen, mußte in solchen, desgleichen in gemäßigten Betrieben ebenfalls die Arbeit eingestell werden. Die christlichorganisierten Holzarbeiter bemühen sich indessen, weitere Streifbrecher anzuwerben. — Die Buchhändlermarkthelfer in Leipzig, eine bislang recht indifferente Arbeitergruppe, befinden sich in einer Tarifbewegung, die ein halbseitiger Ausstapde bei einer Verhandlung ins Rollen brachte. — In Alzey streiken die Maurer. — Die Maurer und Bauarbeiter in Straßburg haben nach achtzweihöndiger Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die Zimmerer haben schon vor 14 Tagen kapituliert. — Der Streik der Handschuhmacher in Halberstadt ist beendet. Die Fabrikanten haben in Nebenpunkten Zugeständnisse gemacht, die Hauptforderungen aber abgelehnt. — Die Gasarbeiter in Pforzheim sind nach 13 Wochen unterlegen. Es fanden sich genügend Streifbrecher, die mehr als den doppelten Lohn erhielten; auch die Christlichen sollen hier eine recht unruhliche Rolle gespielt haben.

Gingänge. Hierfürmiger Männerchor. Komponiert und dem Gesangvereine „Gutenberg“ zu Elberfeld gewidmet von G. Ad. Uthmann. Nur in Partitur autographiert. Preis 20 Pf. Mit diesem melodischen, äußerst wirkungsvollen Männerchor hat der durch seine Arbeiterschaft bekannt und recht beliebt gewordene Komponist unseren Buchdruckerergoschen eine wahrhaft schöne Gabe gespendet. Der Text — die in diesjährigen Johannesfestartikel enthaltene kleine Dichtung — wird in all seinen Stimmungen, besonders in seinem idealen Aufschwunge am Schluß, treffend wiedergegeben. Bei sorgfamer Beachtung der angegebenen Vortragzeichen und vorgeschriebenen Rhythmen werden unsere Vereine mit diesem Festgesange stets nachhaltigen Erfolg erzielen, da die Ausführung an sich keine besonderen Schwierigkeiten bietet, selbst für kleine Gesangvereine nicht. Verlag: Gesangverein „Gutenberg“ = Elberfeld; zu beziehen durch den Kollegen Herrn. Böfert, Elberfeld, Karlstraße 30 I. kh.

Briefkasten. R. A. in Mannheim: Die bis jetzt gebrachten Druckbesprechungen betrafen nur die zum diesjährigen Johannesfest herausgenommenen Druckfaden. Die eingekunden sonstigen Gedrucksachen werden von unseren technischen Mitarbeitern — für den „Corr.“ gewonnenen tüchtigen Fachmännern — im Laufe des Oktober kritisch gewürdigt werden. Jetzt mangelt der Raum hierfür. — Zwei Streikende: Der Maschinenmeister hat diese Arbeit zu verrichten. — W. H. in Slettin: Wir erwidern nichts darauf, denn solch elende Gemeinheiten machen bei jedem anständigen Menschen die Feder krumm. Der Herr Quiesel will sich jedenfalls „nach oben“ in empfehlende Erinnerung

bringen. Die Beachtung sämtlicher Versammlungsteilnehmer dürfte diesem Menschen wohl sicher sein, wie ihm ja schon aus der Versammlung heraus ein Pfui! entgegen schallte. Lassen Sie den Herrn ruhig laufen, solche Leute wirtschaften sich von ganz allein ab. Gruß! — R. A. in Berlin: Versammlungsbericht konnte in dieser Nummer nicht mehr gedruckt werden. — B. F. in London: Es ist alles richtig hier eingetroffen. Berichtigung. In der Korrespondenz aus Göttingen in Nr. 114 muß es am Schlusse heißen: Lange Weismarstraße 12, II.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.
Berlin Brandenburg. Kassierer: Paul Wendt, Meißnerstraße 5.
Berlin Gildesheim. Kassierer: G. Danuhauer, Gildesheim, Orleansstraße 48, part.
Berlin Wiesbaden. Der Seher Josef Welty (Hauptbuchnummer 28561), welcher von Viebrich a. N. ohne Buch und mit Reiten abgereist ist, wird erjudt, seinen Verpflichtungen sofort nachzukommen, andernfalls dessen Ausschluß erfolgt.
Hannenburg a. Harz. Vorsitzender: Osm. Saube, Schleinitzstraße 12.
Breslau. Der Drucker Richard Seif aus Planen i. B. (Hauptbuchnummer 25883) wird erjudt, das der hiesigen Bibliothek entlehnte Buch (I. Bd. Buch- und Steinbruder, Jahrg. 1903) zurückzuliefern. Die Herren Vereinsfunktionäre werden erjudt, S. darauf aufmerksam zu machen, event. Nachricht an F. Weininger, Tschannenstraße 20, IV, gelangen zu lassen.
Karlsruhe i. B. Das Gesamtpersonal des „Volksfreund“ hier selbst ist ausständig.

Kassel. Der Seher Karl Winthofer aus Wien (Hauptbuchnummer 53536, Gaunummer 1135 Niederösterreich) wolle Geburtsjahr und -tag, wo ausgeleert und Datum, ferner Ort und Zeit des Eintrittes an Julius Nickel, Artilleriestraße 19, II, angeben.
Siegburg (Nfthb.). Vorsitzender: Walter Engstfeld, Ringstraße 16; Kassierer: Ludwig Waul, Wilhelmstr. 8.
Waldshut (Bez. Vörradn.). Vorsitzender: Franz Jof. Trautweiler; Kassierer: Eugen Bus.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):
In Viebrich a. N. der Seher Heinrich Reichel, geb. in Wiesbaden 1883, ausgel. in Viebrich a. N. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Wiesbaden der Drucker Richard Heimlich, geb. in Görlitz 1887, ausgel. in Sagan 1905; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Wadert in Wiesbaden, Rheingartenstraße 3.
In Bonn der Drucker Peter Kuhl, geb. in Endenich-Bonn 1876, ausgel. in Bonn 1893; war schon Mitglied. — In Udenach der Seher Wily. Janzen, geb. in Kreuznach 1887, ausgel. da. 1904; war noch nicht Mitglied. — Th. Valbus in Bonn-West, Burggartenstraße 14.
In Gießen der Seher Math. Ziegler, geb. in Trier 1885, ausgel. da. 1904; war schon Mitglied. — Fr. Niemann in Bremerhafen, Mittelstraße 7.
In Gelsenkirchen i. der Seher Otto Wende, geb. in Witten 1884, ausgel. da. 1903; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Franz Borgmann, geb. in Södingen 1884, ausgel. in Herne 1901; war schon Mitglied. — Otto Kraus in Essen, Rajanienallee 92.
In Kronach der Schweizerdegen Hans Hertel, geb. in Korbhalden 1882, ausgel. in Kronach 1901; war noch nicht Mitglied. — In München die Seher I. Karl Gerle, geb. in Augsburg 1878, ausgel. da. 1896;

2. Josef Grimps, geb. in Wetergriesbach 1876, ausgel. in München 1894; waren schon Mitglieder. — Jof. Seif in München, Kutenstraße 22, I.
In Offenbach a. M. 1. der Drucker Richard Rühle, geb. in Gersdorf 1887, ausgel. in St. Johann 1905; 2. der Zuriicher Felix Schenzer, geb. in Paunsdorf 1884; ausgel. in Leipzig 1903; waren noch nicht Mitglieder; 3. der Seher Feinr. Steigerwald, geb. in Unterweßern 1878, ausgel. in Eßerbach 1896; war schon Mitglied. — Otto Schulze, Biedererstraße 69.

Arbeitslosenunterstützung.

Weimar. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt ab 1. Oktober durch den Verwalter Zul. Palm, Karl Augustplatz 2, nachmittags von 4 bis 5 Uhr.

Versammlungskalender.

Stankenburg a. Harz. Versammlung Sonnabend den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (Schönemann).
Brieg. Versammlung am 7. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, im Vereinslokal zur „Grünen Linde“.
Chemnitz. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend den 7. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, im „Café Seifert“.
Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Sonnabend den 7. Oktober, 9 Uhr abends, Michaelstraße 46.
Hof i. B. Arbeitervereinsversammlung Sonnabend den 7. Oktober, 8 Uhr abends, im Lokal „Zweier“.
Jena. Versammlung am 7. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, im „Café des Junge Löwen“.
Leipzig. Maschinenmeisterversammlung Sonntag den 8. Oktober, vormittags 1/2 11 Uhr, im Restaurant „Gohamstadt“.
Leipzig. Maschinenmeisterversammlung am 6. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im „Schloßkeller“, Dresdnerstraße.
Mannheim. Maschinenmeisterversammlung am 7. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, im Vereinslokal „Prinz Max“, H. 3.
Regensburg. Bezirksmaschinenmeisterversammlung am 8. Oktober in der Brauerei Witt.
Sangerhausen. Generalversammlung Sonnabend den 7. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, im „Goldenen Kirch“.

Tüchtiger Schweizerdegen oder Maschinenmeister kann sich mit 1000 bis 2000 Mk. an gut eingerichteter Buchdruckerei in Heiner Stadt Hannovers beteiligen. Sicherheit vorhanden. Werte Offerten unter Nr. 869 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesucht Herren, welche in größeren Offizinen arbeiten u. Wert. Konfurrenz Artikel überr. **Höher Lebenswert.** Lustvollst kostenlos. [842]
Herrn Wolf, Zwicken in Sachsen, Eisfabrikstraße 40.

Junger, flotter
Cinotypeseher
der mit dem Mechanismus der Maschine vertraut ist zu baldigen Eintritt gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 864 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtige Kompletzgießer [869]
(System Rüttermann) finden sofort Stellung in **Willy. Grounas Schriftgießerei** Berlin-Charlottenburg, Behligerstraße 61.

Junger Galvanoplastiker [860]
auch tüchtig in der Flachreotypie, sucht sofort Stellung. Werte Offerten erbeten an **Sollan Doppelhammer, Hamburg, Alter Steinweg 48, III.**

Stuttgarter graph. Versandhaus,
Theodor Leibius,
jetzt Rotenhüstrasse 49 b,
empfiehlt: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zurechtmesser, 6farb Bier-u. Weinzipfel, Kravattenadeln, Broschen, Manschettennäpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabakdosen, Feuerzeuge. Illust. Preisliste gratis u. franco.

„Es kann gar nicht genug gewürdigt werden,“

wie die „Schweizer Graphischen Mitteilungen“ seit länger als 2 Jahrzehnten jungen Talenten die rechten Wege gezeigt, älteren Kollegen den Kontakt mit den Bestrebungen der Gegenwart vermittelt und allezeit die Fahne des Fortschritts auf allen Gebieten der graphischen Künste hochgehalten haben...
„Die erste Nummer des neuen Jahrganges ist wieder eine glänzende Leistung, so recht aus der Praxis herausgegriffen. Besonders Beifall muss der erfahrene Fachmann der zumeist im Satz einfachen, zweckmäßigen, im Druck gediegenen und harmonischen Ausstattung der Beilagen zollen.“
„Ich stehe nicht an, die „Schweizer Graphischen Mitteilungen“, die ich seit 22 Jahren eifrig studiere und aus denen ich sehr viel Anregung geschöpft habe, als das wertvollste aller deutschsprachlichen Fachblätter für den vorwärtstrebenden Praktiker zu bezeichnen...“
Sourteilen hervorragende Fachgenossen über die Graph. Mit.
In der **Deutsch-amerik. Buchdr.-Ztg.** schreibt G. Kahl in No. 19 vom 1. April 1905: „In St. Gallen erscheinen monatlich zweimal die bestbekanntesten Schw. Gr. Mit., ein bei den Kollegen der Schweiz, Deutschlands, Oesterreichs u. s. w. bestens eingeführtes Fachblatt, das die technische und künstlerische Seite unseres Berufes vortrefflich behandelt und auf diesem Gebiete zu den hervorragendsten Publikationen gehört.“

Die **Oesterr.-ungar. Buchdr.-Ztg.** schreibt: „Diese mit größter Sachkenntnis auf allen graphischen Gebieten von Aug. Müller in St. Gallen herausgegebene und redigierte und typographisch vorzüglich ausgestattete Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe zehnet sich abermals durch reichen und ausgewählten Inhalt aus...“
Helvet. Typographia 1905: „Wir empfehlen allen Kollegen diese erstklassige schweizerische Fachschrift aufs wärmste. Jedes Heft bietet eine Fülle des ausgewähltesten textlichen Stoffes und illustrativ die prächtigsten Proben typographischen Könnens.“

Zeitschr. für Deutschl. Buchdr. u. Schriftg., Leipzig: „Die Neujaahrnummer der Schw. Gr. Mit. ist wieder eine der fachtechnisch-künstlerischen Leistungen der Gegenwart, welche überraschen und zugleich unsere Bewunderung herausfordern... Der reiche textliche Inhalt der Nummer steht auf gleicher Höhe mit diesen prächtvollen Kunstbeilagen.“
Börsenblatt f. d. B.: „Das auch in Deutschland ausserordentlich verbreitete Blatt hat damit eine Publikation geschaffen, wie sie auf speziell graphischem Gebiete kaum ihresgleichen haben dürfte. Sein Inhalt aber ist, wie immer, ganz dem Fortschritt auf allen Gebieten der Graphik gewidmet und entspricht der vorzüglichsten Ausstattung.“ Th. Goebel.

„Schweizer Graphische Mitteilungen“

Redakteur und Herausgeber: August Müller in St. Gallen
Druck und Expedition: Zollikofer'sche Buchdruckerei in St. Gallen
Jährlich 24 reichhaltige Hefte mit ca. 300 Satz- u. Druckmustern.
Man abonniert am besten b. d. Expedition in St. Gallen gegen Einzahlung des Betrages pro Mandat.
Abonnementspreis inkl. Portozuschlag per Halbjahr Fr. 4.— für die Schweiz, Fr. 5.60 = M. 4.50 = Kr. 5.50 für das Ausland.

Heft II enthält u. a.: 2. über 1904. Weltbewerbe; Anleitung zur Verhütung des Schmutzes bei Ausführung der irischen Drucke, Französischer Satz; Eine wichtige Entscheidung für das Buchdruckgewerbe; Adolf Wenzel als Graphiker; Aus der Praxis, für die Praxis; Korrespondenzen; Neuheiten usw. Acht Beilagen mit modernen Akzidenz-Farben-, Präge- u. Illustrationsdrucken.

Matrizenbohrer

nur selbständige, allererste Kraft bei hoher Bezahlung gesucht. Werte Offerten unter Nr. 853 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Charlottenburg.

Sonntag den 8. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr: Vereinsversammlung im „Volkshaus“, Hofmeisterstraße 3. Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand. [867]

V. d. D. B.
Fünffarbig emallierte Vorstecknadel mit den Buchstaben V. d. D. B. (Verband der Deutschen Buchdrucker). Auf Wunsch auch ohne diese Buchstaben. Preis pro Stück 1,75 Mk. Gegen Voreinsendung von 1,85 Mk. Francozusendung.
Graph. Verlagsanstalt
P. Goldschmidt. [865]
Halle a. d. Saale.
Graphischer Anzeiger gratis und franco.

Norddeutscher Maschinensetzer-Verein
Sitz Hamburg.
Sonntag den 8. Oktober, nachmitt. 2 Uhr präzis:
Außerordentl. Generalversammlung im Vereinslokale bei **Karl Jahn** (früher Wendt), Kaiser Wilhelmstraße 43.
Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Abrechnung für das dritte Quartal; 3. Kongreß 1906; 4. Statutenberatung; 5. Verschickenes.
Um vollständiges Erscheinen ersucht [862] **Der Vorstand.**

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Kautschukgießer), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht befordert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.
Technik der bunten Akzidenz.
Zid. Härtel in Leipzig, Bl. — 350 Mk.

Glänzende Proben deutscher Satz- und Druckkunst zeigt das Saisonheft der „Typographischen Jahrbücher“, das soeben erschienen ist. Vom Dreifarbendruck bis zur einfachen Kalkulationsbeilage (Papierserviette) sind so ziemlich alle Arbeiten vertreten. Gleichzeitig bietet das Heft Gelegenheit, die prächtigen Novitäten der Papierbranche kennen zu lernen. Das Heft kostet einzeln bezogen 1 Mk., während im Abonnement der Preis derselbe, 40 Pf., bleibt. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an. [866]

!!! Schutzkittel für Setzer !!!

Nur prima waschechte Stoffe!
Minderwertige Qualitäten führe ich nicht!
Regatta la, blauw. 110 cm l. 120 cm l.
Nessel, blauweises 2,50 Mk. 2,75 Mk.
Körper, blau- oder braunweises 3,— „ 3,25 „
Körper, naturell 2,50 „ 2,75 „
Vorrätig in 2 Weiten: für schlank und für normale Figur.
Maschinenmeisteranzüge
Leht Indigoblau: H-Tuch 3,50 Mk., H-Leinen 4,— Mk., Körper 5 Mk., Pilot 5,50 Mk., Pilot extra 6,75 Mk.
Vorrätig: Jacketts von 80 bis 108 cm Brustumf.; Hosen von 80 bis 108 cm Brust- und 70 bis 81 cm Schrittlänge.
Aufträge von 15 Mk. franco.
Grössere Posten billiger. Prospekt fr.
M. Jahn, Leipzig-R., [870] Täubchenweg 16.

Die glückliche Geburt unsers Ortsvereins „Typographia“ zeigt hoch erfreut an **Die Mitgliedschaft Waldshut.** [868]

Die Geburt eines gesunden Ortsvereins zeigt hoch erfreut an **Mitgliedschaft Siegburg.** [863]
Für die mir von nah und fern zu meinem 70. Geburtstag dargebrachten **Gluckwünsche** sage meinen herzlichsten Dank!
Berlin. [850] **Et. Victor.**